

# perspektive21

BRANDENBURGISCHE HEFTE FÜR WISSENSCHAFT UND POLITIK

POLITIK FÜR FAMILIEN UND KINDER

# Kinder? Kinder!

MATTHIAS PLATZECK : **Finnland ist mehr als Pisa**

TORALF STAUD : **Nicht aus 40, sondern aus 14 Jahren!**

GÜNTER BAASKE : **Brandenburg – ein Land für Familien**

BERT RÜRUP UND SANDRA GRUESCU : **Familienpolitik ist Wachstumspolitik**

LUDWIG GEORG BRAUN : **Familie? Ja bitte!**

SEBASTIAN SASS : **Kinder im Mittelpunkt**

HEIKE LIPINSKI : **Familie beginnt vor Ort**

ANNE-KATHRIN OELTZEN : **„Uns ist etwas anderes versprochen worden!“**

WILMA SIMON : **Ideologie und Wirklichkeit**

# Das *neue* Deutschland

Krise im Westen, Umbruch im Osten – wie wir gemeinsam Chancen begreifen und Reformen durchsetzen. Mit Beiträgen von: Frank Decker, Wolfgang Engler, Matthias Platzeck, Uwe Rada, Landolf Scherzer, Alexander Thumfart und vielen anderen



Das neue Deutschland  
Die Zukunft als Chance  
Herausgegeben von Tanja Busse  
und Tobias Dürr  
336 Seiten. Broschur. € 15,90 (D)  
ISBN 3-351-02553-X

aufbau   
VERLAG  
WWW.AUFBAU-VERLAG.DE

# Kinder? Kinder!

**D**er Aufbau Ost hat Halbzeit – eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und neue Ziele abzustecken. Dass dabei der Blick auf andere Länder lohnt, hat die Reise von Matthias Platzeck nach Finnland gezeigt – ein Land, in dem sich eine hoch produktive Wirtschaft, ein gutes Bildungssystem und ein funktionierender Sozialstaat wechselseitig bedingen. In diesem Heft zieht Matthias Platzeck eine Bilanz seiner Reise und zieht Schlüsse für Brandenburg.

Im Heft 21/ 22 der *Perspektive 21* haben wir den Schwerpunkt auf die ökonomischen Perspektiven der neuen Bundesländer gelegt. Doch Wirtschaft und Aufschwung haben Voraussetzungen: Die Menschen müssen sich im Land wohl fühlen, sie wollen Geborgenheit, und – nach allem, was wir wissen – wünschen sie sich eine Zukunft für ihre Familie, am liebsten vor Ort. In diesem Heft lenken wir deshalb den Blick auf Familien- und Kinderfreundlichkeit. Dass wir mehr Kinder im Land brauchen, ist nicht nur eine demografische und ökonomische Notwendigkeit – wie Bert Rürup und Sandra Gruescu erläutern. Georg Ludwig Braun geht noch einen Schritt weiter: Er weist nach, dass sich Familienfreundlichkeit für Unternehmen sogar rechnet.

Wie muss ein Land aussehen, in dem Kinder und Familien im Mittelpunkt stehen? Welches Klima sollte im Land herrschen, damit Frauen Beruf und Kinder unter einen Hut bringen können? Der Osten hat dem Westen einiges voraus – und zwar nicht nur ein sehr gutes Kinderbetreuungssystem. Hier wird mit Selbstverständlichkeit ein Familienbild gelebt, das sich viele Frauen im Westen wünschen würden – und das einige Konservative kaum ertragen können. Doch auch diese Errungenschaft muss immer wieder neu gelernt und verteidigt werden.

Kontinuität und Wandel betreffen alle Lebenslagen – auch in der *Perspektive 21*. Wir haben dem neuen Heft ein kleines *face lifting* verpasst. Wir wollten das Heft lesbarer und moderner machen, ohne das gewohnte Gesamtbild verschwinden zu lassen. Wir hoffen, dass uns dies gelungen ist.

**KLAUS NESS**

## [ impressum ]

### **HERAUSGEBER**

SPD-Landesverband Brandenburg

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in  
Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vor-  
pommern e.V.

### **REDAKTION**

Klaus Ness (ViSdP), Ingo Decker, Tobias  
Dürr, Benjamin Ehlers, Klaus Faber, Tina  
Fischer, Klara Geywitz, Thomas Kralinski,  
Raimund Kropp, Lars Krümrey, Christian  
Maafß, Till Meyer, Manja Orłowski

### **ANSCHRIFT – SPD-LANDESVERBAND**

Friedrich-Ebert-Straße 61, 14469 Potsdam  
Telefon: 0331/200 93 -0  
Telefax: 0331/270 85 35

### **ANSCHRIFT – WISSENSCHAFTSFORUM**

c/o Klaus Faber  
An der Parforceheide 22, 14480 Potsdam  
Telefon: 0331/62 45 51  
Telefax: 0331/600 40 35

**E-MAIL :** [Perspektive-21@spd.de](mailto:Perspektive-21@spd.de)

**INTERNET :** <http://www.perspektive21.de>

### **GESAMTHERSTELLUNG UND VERTRIEB**

Weber Medien GmbH  
Hebbelstraße 39, 14469 Potsdam

### **BEZUG**

Bestellen Sie Ihr kostenloses Abonnement  
direkt beim Herausgeber. Senden Sie uns  
eine Mail.

# Kinder? Kinder!

POLITIK FÜR FAMILIEN UND KINDER

## MAGAZIN

---

**MATTHIAS PLATZECK** : Finnland ist mehr als Pisa  
oder: Das finnische Regine-Hildebrandt-Prinzip . . . . . 5

**TORALF STAUD** : Nicht aus 40, sondern aus 14 Jahren!  
Was der Westen vom Osten lernen kann – und was nicht . . . . . 13

## THEMA

---

**GÜNTER BAASKE** : Brandenburg – ein Land für Familien . . . . . 17

**BERT RÜRUP UND SANDRA GRUESCU** : Familienpolitik  
ist Wachstumspolitik . . . . . 27

**LUDWIG GEORG BRAUN** : Familie? Ja bitte!  
Warum sich Familienpolitik für die Wirtschaft lohnt . . . . . 37

**SEBASTIAN SASS** : Kinder im Mittelpunkt  
Neuvola als Modell des aktivierenden Sozialstaates in Finnland . . . . . 45

**HEIKE LIPINSKI** : Familie beginnt vor Ort  
Familienfreundlicher Umbau von Kommunen  
Notwendigkeit – Nutzen – Patentrezepte? . . . . . 51

**ANNE-KATHRIN OELTZEN** : „Uns ist etwas anderes versprochen worden!“  
Was jungen Frauen heute die Familiengründung erschwert . . . . . 65

**WILMA SIMON** : Ideologie und Wirklichkeit  
Frauen- und Familienpolitik nach Schönbohms Art . . . . . 77



# Finnland ist mehr als Pisa

ODER: DAS FINNISCHE REGINE-HILDEBRANDT-PRINZIP  
VON **MATTHIAS PLATZECK**

**D**ie Seen liegen ruhig, Hügel durchziehen die Landschaft, Alleen und Bäume machen das Land zu einem grünen Meer. Große Städte gibt es in der kargen Landschaft kaum, ebenso wenig wie Bodenschätze. Die Bevölkerungsdichte ist gering, kleine Siedlungen säumen die Landstraßen. Der Menschenschlag, der hier lebt, ist eher ruhig und gelassen. Viel mussten sie mitmachen, zu Beginn der 1990er Jahre. Die Arbeitslosigkeit explodierte innerhalb von zwei Jahren von fast Null auf 20 Prozent. Die Wirtschaft ist eingebrochen, vor allem weil die Märkte im Osten – zusammen mit der Sowjetunion – über Nacht verschwunden waren. Und viele Menschen zogen und ziehen vom Land in die Städte.

Alles erinnert ein wenig an Brandenburg, doch wir sind in Mittelfinnland, genauer gesagt in Jyväskylä. Was macht Finnland, was macht eine Region wie Jyväskylä so interessant für Brandenburg? Gemeinsam haben beide die Erfahrung, dass nach jahrelanger relativer wirtschaftlicher Stabilität alles anders kommen kann. Dass die Wirtschaft in unverstellbarer Härte und Geschwindigkeit einbrechen kann und vormals richtig Geglaubtes falsch ist.

Das Beispiel Finnland lehrt aber auch, dass wirtschaftlicher Aufbruch und Erfolg möglich sind. Die Arbeitslosigkeit ist heute nur noch halb so hoch wie Mitte der 1990er Jahre, Finnland gehört zu den wachstumsstärksten Ländern Europas, pro Kopf ist das Bruttosozialprodukt mittlerweile höher als in Deutschland. Seit Mitte der 1990er Jahre wächst Finnland schneller als der EU-Durchschnitt. In der Wettbewerbsfähigkeit hat sich das Land laut Weltwirtschaftsforum von Platz 25 auf Platz 1 vorgearbeitet. Nokia ist der Inbegriff des finnischen Wunders und heute an jedermanns Ohr. Wer kannte vor zehn, zwanzig Jahren schon irgendein finnisches Produkt?

Jyväskylä – seit 20 Jahren Potsdams Partnerstadt – gehört heute zu den drei, vier finnischen Boomregionen. Was haben die Finnen anders gemacht? Was lässt

sich vom finnischen Beispiel lernen? Und vor allem: Was können Regionen tun, um in der globalen Wirtschaft mitzuhalten? Wie können sie Entwicklungen beeinflussen, die vermeintlich nicht oder kaum zu steuern sind? Manch einer hat von Finnland schon durch die Pisa-Studie gehört. Doch Finnland ist mehr als Pisa. Faszinierend ist, wie es dort gelingt, günstige Wechselwirkungen zwischen guter Bildung und Ausbildung, sozialer Sicherheit und hoher Familienorientierung einerseits sowie wirtschaftlicher und technologischer Innovation andererseits zu organisieren.

## Mit Engagement und Elan für die Region

Kommt man heute nach Jyväskylä, fällt einem als erstes die positive Grundstimmung auf. Die ganze Stadt ist in Bewegung. Jyväskylä ist für deutsche Verhältnisse eine junge Stadt: 1837 wurde sie gegründet. Kurz danach kam die Universität dazu, die 1994 um eine Fachhochschule ergänzt wurde. Und Jyväskylä wächst. Mittlerweile hat die Stadt über 80.000 Einwohner, davon etwa 20.000 Studenten.

Ihr Bürgermeister ist ein engagierter Mann. Er ist für Schulen, für Kindergärten und die Gesundheitsversorgung verantwortlich. Und für regionale Wirtschaftsförderung. Jyväskylä hat sehr früh erkannt: Allein mit Holz – und davon gibt es wirklich reichlich – lässt sich die Zukunft nicht mehr gestalten. Die Stadt hat in ihren Studenten einen „Scheck“ auf die Zukunft entdeckt. Die Universität wurde ausgebaut – Nanotechnologie, Physik und Psychologie gehören heute zu den wichtigsten Standbeinen des Hochschulbetriebes in Jyväskylä und machen die Universität zu einer der größten und begehrtesten in Finnland.

Doch damit nicht genug. Die Hochschulen sind aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft ausgezogen. Nichts repräsentiert dies so sehr wie *Agora*. Hinter dem griechischen Namen verbirgt sich ein modernes, lichtdurchflutetes Gebäude am Ufer des Sees von Jyväskylä. Links von *Agora* hat sich Nokia niedergelassen, im Rücken das alte Unigelände. Am anderen Ufer des Sees – durch eine Brücke verbunden – findet sich der neue Campus der Uni. Das *Agora*-Gebäude selbst besteht aus drei Teilen. In einem Komplex hat sich die psychologische Fakultät niedergelassen, im Mittelteil wird geforscht, und im dritten Gebäudekomplex haben sich die ersten Firmen niedergelassen. Die Chefin der Firma *Mobile Mirror* liebt diese kurzen Wege. Sie gibt im *Agora*-Haus Vorlesungen, sie nimmt an Forschungsprojekten teil, und leitet ihr eigenes kleines Unternehmen. Sie profitiert von der Nähe und der Zusammenarbeit – und sie sucht sich in ihren Vorlesungen



ihre Forschungsmitarbeiter und zukünftigen Angestellten heraus. *Agora* symbolisiert die Vision von Jyväskylä, die *Human Technology City* zu sein. Dahinter versteckt sich der Anspruch, menschliche Bedürfnisse mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie zu verknüpfen, Technik menschlich zu machen. Es geht darum, Autofahren sicherer zu machen, es geht um Lernen im jungen und fortgeschrittenen Alter. Auf den Anspruch der *Human Technology City* trifft man in Jyväskylä immer wieder.

Wie die Zukunft der Arbeit aussehen kann, lässt sich direkt neben *Agora* sehen. Nokia ist vor ein paar Jahren nach Jyväskylä gekommen. Fragt man den Chef von Nokia Jyväskylä nach dem Grund für den Umzug in die mittelfinnische Stadt, sagt er unumwunden: „Uns war die Nähe zur Uni wichtig.“ 50 Kilometer zu Forschern, zu Experten, zu Hochschulen waren Nokia zu weit. Verschiedene Komponenten, die rund um den Globus erforscht und entworfen werden, werden hier zu neuen Produkten entwickelt. Fotohandys vor allem. Die meisten Arbeitsplätze der Nokia-Leute sehen unspektakulär aus: Bildschirm, Computer, Tastatur, Maus, Papier, Stifte. „Unser größtes Kapital ist, was unsere Leute im Kopf haben“, sagt der Nokia-Chef. Der Druck, unter dem die Nokianer arbeiten, ist groß. Die Produktentwicklung dauert zwischen einem halben und anderthalb Jahren, verkaufen lassen sich die neuen Produkte etwa ein Jahr lang. Dann ist alles schon wieder veraltet. Produziert werden die neuen Geräte von Nokia übrigens nicht in Finnland – sondern in Brasilien und China. Auch hier also Arbeitsteilung. Nokia ist sich sicher: „Die Entwicklung können wir am besten, deshalb machen wir sie hier.“ Und diese Arbeitsplätze, da ist man sich in Jyväskylä sehr sicher, werden so schnell nicht nach China oder Indien wandern.

## **Selbstständigkeit und Kooperation**

Ein paar Minuten den See hinunter kommt man zum *Jyväskylä Science Park*. Der Science Park ist eine Erfindung der Stadt und der umliegenden Gemeinden. Für ihr Projekt konnten sie sowohl Banken und Versicherungen, als auch einige große Unternehmen der Region gewinnen. Das Ziel war ganz einfach: möglichst viele der an den Hochschulen ausgebildeten Fachkräfte in der Region behalten und sie für die Wirtschaft der Region gewinnen. Diese Rechnung ist aufgegangen. Etwa 40 Prozent der Hochschulabsolventen der Uni bleiben in Jyväskylä, bei der Fachhochschule ist der Anteil sogar noch höher. Der *Science Park* hilft dabei. Er ist vor allem eine Anlaufstelle der guten Ideen. Ob Studenten, Absolventen, Doktoranden, Forscher oder Unternehmensmitarbeiter: Wer eine Geschäftsidee hat, kann

sich an den Wissenschaftspark wenden. Gemeinsam wird untersucht, ob die Idee für ein Unternehmen gut genug ist. Wenn ja, wird der *Business Incubator* in Gang gesetzt. Das bedeutet Hilfe beim Aufbau des Unternehmens, Hilfe bei der Finanzierung und Hilfe bei Marketing und Management. Bis zu fünf Jahren dauert die Unterstützung durch den Science Park für die neu gegründeten Unternehmen. Pro Jahr landen ein paar Hundert Ideen beim Science Park, etwa 80 bis 100 werden verwirklicht. Und ihre Erfolgsrate kann sich sehen lassen: vier von fünf schaffen es, dem rauen Wind der Marktwirtschaft zu widerstehen – das ist deutlich mehr als bei anderen Existenzgründern.

Ein wichtiges Credo des *Science Park* auch hier: Selbstständigkeit gepaart mit enger Kooperation, Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Wissenschaft, Hochschule und Forschungseinrichtungen. Das ist die Basis des Erfolgs.

## Neues als Chance nutzen

Beeindruckend ist aber auch das hohe Maß an Leidenschaft und Engagement für die Sache und die Region. Die Leute vom *Science Park* können einen mitreißen, wenn sie über die vielen Projekte und kleinen Firmen reden, die mit ihrer Hilfe entstanden sind. Hier hat man verstanden: Kooperation, lückenlos und mit möglichst vielen Partnern, ist der Schlüssel zu immer neuen Produkten und Dienstleistungen. Von den jungen Projektmanagern stammt auch der Leitspruch: „If you can dream it, you can do it“. Zweifel werden geprüft – sollen aber überwunden werden. Der Satz „Wenn du zweifelst – lass es“, ist im Science Park in die Mottenkiste der siebziger Jahre verbannt worden.

Zur Unterstützung neuer, kleiner und mittlerer Unternehmen hat Jyväskylä zusammen mit ihren Umlandregionen eine öffentlich-private Partnerschaft ins Leben gerufen: die *Jykes Unternehmensförderungs GmbH*. Die Leute von *Jykes* warten nicht auf ihre Kunden, sie gehen zu ihnen hin. Sie sprechen mit den kleinen und mittleren Unternehmen der Region – fragen nach Sorgen, bieten Hilfeleistung an. Dazu gehören Management- und Marketingerfahrung, aber eben auch Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte. Dazu hat *Jykes* sogar eine eigene Repräsentanz in St. Petersburg gegründet – in einer Stadt also, die so viele Einwohner wie ganz Finnland hat. Vertreter gibt es auch schon in Polen und Ungarn. Und eine Zusammenarbeit mit Brandenburg, die sich für unsere und die finnischen Unternehmen auszahlen wird, ist anvisiert.

Hinter dem Engagement steht auch hier die Überzeugung, dass, was den Unternehmen hilft, auch der Region und ihren Bewohnern nutzt. So versucht

man frühzeitig neue Märkte und neue Partner zu entdecken. Denn auch das wissen die Finnen: Allein auf Märkte lassen sich andere Länder nicht reduzieren, vielmehr gilt es, sie als Partner zu gewinnen. Ricardos Theorem der *komparativen Kostenvorteile* mag eine alte Theorie sein, falsch ist sie noch lange nicht. Selbst für neue Entwicklungen, wie Sport und Gesundheit mit moderner Kommunikationstechnologie zusammenzubringen, suchen die Finnen gleich zu Beginn Märkte und Partner. Dabei fällt auf: Die Finnen vertrauen auf ihre eigenen Stärken und entwickeln daraus auch Kraft, mutige Schritte zu gehen. Der neuste Zweig des *Science Park*, eben Kombination aus Gesundheit und Kommunikation, ist gerade erst aus der Taufe gehoben worden und schon auf den ersten Messen in China unterwegs.

Überhaupt: China. Daran lässt sich der Unterschied der finnischen Denkweise am besten illustrieren. Heute kommt jedes Gespräch über wirtschaftliche Fragestellungen spätestens nach 20 Minuten auf China – das ist in Deutschland so, aber auch in Finnland. Während die Deutschen vor allem die niedrigen Löhne und abwandernde Unternehmen sehen, fangen bei den Finnen die Augen an zu glitzern. Sie sehen China, aber auch andere Länder – selbst Deutschland – als Absatzmärkte. Aber eben auch als Partner – für Ausgliederungen, für Produktion, für zukünftige Entwicklungen. Kooperation und Fairness stehen im Mittelpunkt.

Ein Leitspruch wie *Connecting people* (Nokia) konnte nur in Finnland entstehen. Dieses Motiv zieht sich durch große Teile der finnischen Gesellschaft. Die Finnen haben bereits vor vielen Jahren erkannt, wo die Zukunft liegt. Und was es dafür braucht. Denn eine brummende Wirtschaft funktioniert auf die Dauer nicht ohne eine ausgeglichene Gesellschaft, ohne stabile Familien, gute Bildung – und das Vertrauen in die eigene Stärke. Alle Elemente bedingen einander – und ein aktiver und aktivierender Staat baut die Brücken zwischen ihnen.

## Niemand darf zurück gelassen werden

Schon vor vielen Jahren begann Finnland sein Bildungssystem umzugestalten: Die Mehrgliedrigkeit wurde durch eine 9-jährige Gesamtschule ersetzt. Die Früchte kann das Land heute ernten. Die Gesamtschulen verfügen über große Eigenständigkeit, die Leitlinien für die gymnasiale Oberstufe passen in eine einfache Broschüre, eine staatliche Schulaufsicht gibt es nicht. Kinder mit Problemen werden frühzeitig betreut und gefördert – in Jyväskylä gibt es seit ein paar Jahren keine Sonderschulen mehr. Das Land kann es sich nicht erlauben, irgendjemanden zurück zu lassen.

Doch die Betreuung von Kindern – und Eltern – setzt schon Jahre vorher an. *Neuvola* heißt das System auf Finnisch. Werdende Mütter werden in Polikliniken während der Schwangerschaft betreut, untersucht und beraten. Zur Geburt bekommen die Eltern eine Grundausrüstung mit Babysachen. Aber auch nach der Geburt sind die *Neuvola-Tanten* bei regelmäßigen Untersuchungen und Gesprächen für Kinder und Eltern da. Das Wohl des Kindes steht in Finnland im Mittelpunkt. Pflicht ist *Neuvola* nicht – doch nahezu alle finnischen Familien nehmen das Angebot an. Und der Erfolg schlägt sich unter anderem in einer höheren Schulfähigkeit der Kinder nieder. Die Beratung von Eltern und die Begleitung der Kinder übernehmen nach der Schuleinführung Schulpsychologen und Schulkrankeenschwestern.

## **Sozialstaat + Informationsgesellschaft = Wachstum + Gerechtigkeit**

All dies führt zu stabileren Familien, größerem Zusammenhalt – letztlich auch zu geringeren sozialen und gesellschaftlichen Kosten. Die Finnen sagen von sich selbst, dass das Land so klein ist, das sie sich gar nicht *leisten* können, jemanden zurück zu lassen. „Kinder, vergesst nicht, der eigentliche Sinn des Lebens liegt im Miteinander“, lautete das Lebensmotto Regine Hildebrandts. Es ist im Grunde genau das Prinzip, zeitgemäß erneuert für die dynamische Welt des 21. Jahrhunderts, an dem sich die Finnen heute orientieren.

Finnland ist es in den vergangenen Jahren gelungen, aus einer schweren Wirtschaftskrise heraus zu kommen und gleichzeitig die soziale Balance im Land zu wahren. Auch die finnische Regierung musste in den 1990er Jahren Einschnitte in das soziale Netz vornehmen. Doch sie hat gleichzeitig neue Türen und Chancen eröffnet. Die langfristig angelegte Strategie – Bildung, Forschung und Kinderbetreuung auszubauen – ist aufgegangen und hat zu einer beispiellosen Innovationsdynamik geführt. Finnland hat sich auf den Weg zur Bildungs- und Kommunikationsgesellschaft gemacht. Während in Deutschland die Forschungs- und Entwicklungsausgaben seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts von knapp 3 auf unter 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesunken sind, stieg dieser Anteil in Finnland von 1,5 auf über 3,5 Prozent. Das ist nach Schweden der zweithöchste Anteil weltweit. Heute gibt es mehr wissenschaftliche Übersetzungen aus dem Finnischen ins Deutsche als umgekehrt.

Diese Dynamik ist nicht zuletzt durch Vertrauen in die Kreativität vor Ort entstanden. Für deutsche Verhältnisse wirken die Freiheiten, die Kommunen, Schulen oder Universitäten haben, fast ein wenig anarchisch. Sowohl Schulen als

auch Unis suchen sich ihre Lehrkräfte und ihre Schüler oder Studenten selbst aus. Doch diese Freiheiten erziehen auch zur Verantwortung. So verbindet sich in Finnland auf wunderbare Weise Heimatverbundenheit mit Offenheit und Internationalität.

## **Erneuerung aus eigener Kraft**

In Finnland lässt sich ein Blick auf die Wirtschaft der Zukunft werfen. Die Arbeitsplätze der Zukunft sehen unspektakulär aus – Aufsehen erregende Einweihungen und Präsentationen groß dimensionierter Anlagen werden wohl der Vergangenheit angehören. Das eigentlich Spannende ist nämlich weder zu sehen noch anzufassen. Es ist die Kooperation und die Zusammenarbeit zwischen vielen Beteiligten. Das ganze funktioniert nur mit modernen, flexiblen und unabhängigen Universitäten und Forschungslabors, die die Freiheit haben, sich die besten Leute auszusuchen und unkompliziert mit Unternehmen und anderen Einrichtungen zusammen arbeiten können. Das heißt auch, mehr Vertrauen in die Menschen vor Ort zu legen.

Regionale Entwicklungsstrategien gelingen, wenn sie von den Menschen vor Ort selbst gestaltet und als Chance begriffen werden. In diesem Vertrauen in lokale Verantwortung macht uns Finnland viel vor. Gerade am Beispiel Finnlands lässt sich sehen, dass damit gerade nicht der komplette Rückzug des Staates gemeint ist. An vielen Stellen bietet der Staat Hilfe an – deren Qualität so gut ist, dass die Menschen sie gerne annehmen. Finnland zeigt, dass soziale Balance im Land und eine erfolgreiche Ökonomie zusammen gehören. Hohe soziale Standards, ein hoher Lebensstandard und hohe Löhne können zur selben Medaille gehören. Wenn wir unser Land Brandenburg in den kommenden Jahrzehnten zu einer Erfolgsgeschichte machen wollen, werden wir kluge Anregungen aufgreifen müssen, wo immer wir sie finden. Das macht das finnische Beispiel für Brandenburg umso spannender. ■

**MATTHIAS PLATZECK**

ist Ministerpräsident des Landes Brandenburg  
und Landesvorsitzender der SPD Brandenburg.



# Nicht aus 40, sondern aus 14 Jahren!

WAS DER WESTEN VOM OSTEN LERNEN KANN – UND WAS NICHT  
VON **TORALF STAUD**

**P**otsdam, Hans-Otto-Theater, ein Abend im Mai. Das Forum Ostdeutschland der SPD hat zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Thema: „Kann der Westen vom Osten lernen?“ Der Saal ist rappellvoll, per Videoleinwand wird die Debatte noch in einen Nebenraum übertragen – mit so viel Interesse hatten die Organisatoren nicht im Traum gerechnet. Als nach einer guten Stunde das Saalmikrofon frei geschaltet wird, meldet sich als erstes ein stämmiger Herr mittleren Alters. Er beantwortet die Frage des Abends mit einer weiteren Frage: „Was machen denn die im Westen, wenn mal eine Schraube kaputt geht?“ Die wüssten ja gar nicht mehr mit einem Gewindeschneider umzugehen, erklärt er triumphierend; er dagegen könne sich immer helfen. Applaus. Dann erzählt er noch, wie er aus einem alten Elektromotor einen Rasenmäher gebastelt hat. Das also soll der Westen vom Osten lernen? Improvisationstalent und Friemeleigeschick?

Der Mann verkörpert das, was der Soziologe Wolfgang Engler den Stolz einer „arbeiterlichen Gesellschaft“ genannt hat. Doch dessen Grundlage ist mit der DDR zusammengebrochen. Die Demütigung, die dem Proletariat nach 1989 widerfuhr, hat Volker Braun in seiner Erzählung *Die vier Werkzeugmacher* beschrieben, einem Lehrstück über vier Arbeiter, die in ihrem Betrieb in Berlin-Oberschöneweide unersetzbar waren, die „gestern noch gefragte Leute waren, von denen es hieß, sie müssten gepflegt werden, Werkzeugmacher, und heute Wichte. War das je vorgekommen, dass die herrschende Klasse so entmachtete wurde und verwandelt in den letzten Dreck?“

Man muss diese Entthronung nachvollziehen, wenn man die Ostdeutschen verstehen will. Nur lässt sich daraus für die Zukunft kaum etwas ableiten. Was der Westen vom Osten lernen kann, resultiert weniger aus der DDR als aus dem Umgang mit ihrem Zusammenbruch. Nicht ihr Vor-Wende-Leben haben die Menschen in den Neuen Bundesländern den Bürgern der alten Bundesrepublik

voraus, sondern ihre Nach-Wende-Erfahrungen. Die wesentliche Zeit sind die vergangenen 14 Jahre – und nicht die 40 Jahre davor.

Natürlich ist es für ostdeutsche Politiker identitätspolitisch verlockend, immer noch und immer wieder auf die schönen Seiten der DDR zu verweisen. Waren nicht die Menschen früher viel netter zueinander? Und die Kinder so folgsam? Waren nicht die Polikliniken eine feine Sache? Und in den Schulen bekamen die Schüler damals doch noch wirklich etwas beigebracht. Für die Kleinen wurde in Kinderkrippen gesorgt, für die Großen in Jugendclubs. Die Frauen waren gleichberechtigt. Und die Brötchen leckerer.

### **Flexibilität statt Ostalgie-Shows**

Die Kehrseiten geraten dabei leicht aus dem Blick: Die Menschen waren auch deshalb nett zueinander, weil sie in der Notgemeinschaft viel stärker auf andere angewiesen waren. Das Kollektiv war ein effizientes Instrument der sozialen Kontrolle. Das Erziehungssystem war gründlich durchideologisiert, Volksbildungsministerin Margot Honecker nicht von ungefähr eine allgemeine Hassfigur. Die Frauen in der DDR mussten oft ein doppeltes Arbeitspensum erfüllen, weil der vormoderne Ostmann eben nicht im Haushalt und bei der Kindererziehung mit-half. Und im Gesundheitswesen wurde häufig der Mangel verwaltet. In den Betrieben ebenso.

Die meisten der DDR-Kompetenzen nützen heute nur noch wenig (was nicht heißt, dass man sie als Ostdeutscher nicht weiterhin hüten könnte oder dürfte). Sie sind harmlose Relikte einer vergangenen Zeit. In westdeutschen Augen wirken sie so putzig wie die Ostalgie-Shows, die im vergangenen Jahr auf allen Fernsehsendern liefen. Interessanterweise handelten diese Shows immer nur von der seligen DDR – das Ostdeutschland des 21. Jahrhunderts hingegen kam in ihnen nicht vor. Sich damit zu beschäftigen wäre für die eingefahrene bundesrepublikanische Ordnung viel irritierender als FDJ-Blusen, Bambina-Schokolade und die Rockrentner von den Puhdys.

Flexibilität, Anpassungsbereitschaft und Pragmatismus sind Disziplinen, in denen der Osten dem Westen voraus ist. In den Neuen Ländern ist nach 1990 nichts geblieben, wie es einmal war. Klar, viele Ostler haben genörgelt und gejamert, aber akzeptiert haben sie es letztlich doch. Sie mussten ja. Ihnen braucht – anders als vielen Westdeutschen – niemand mehr beizubringen, dass Gewissheiten zerbröseln können, dass soziale Sicherungssysteme nicht bis in alle Ewigkeit halten. Sie erleben bereits heute, was dem Westen noch bevorsteht: Dass Städte und Dör-



[ nicht aus 40, sondern aus 14 Jahren! ]

fer vergreisen und schrumpfen. In den Neuen Ländern „kann man den Umgang mit der Krise lernen“, hat Rüdiger Pohl vom Hallenser Institut für Wirtschaftsforschung den Konkurrenzvorsprung des Ostens einmal auf den Punkt gebracht. Matthias Platzeck bescheinigt seinen Landsleuten eine größere „Umbruchkompetenz“.

Wenn die deutsche Wirtschaft heute über zu viel Regulierung schimpft, meint sie damit die Errungenschaften des Rheinischen Kapitalismus. In den Neuen Ländern wurden sie nicht erkämpft, dort sind sie nicht so fest verankert, dort werden sie bereitwilliger und ohne ideologische Grabenkämpfe aufgegeben. Im wilden Osten halten sich nur wenige Unternehmen an Flächentarifverträge – und fast niemand hält das für einen Skandal. In der Metallbranche der Neuen Länder wird volle 100 Stunden pro Jahr länger gearbeitet als im Westen. Hier sind die Leute auch eher bereit, sich auf unbequeme Arbeitszeiten einzulassen, was nicht nur mit wirtschaftlicher Not zu erklären ist: Arbeit hat für die Ostdeutschen eine größere Bedeutung, der postmaterialistische Arbeitsbegriff ist dort noch nicht angekommen. Die Leute in Dresden, sagt ein Manager des amerikanischen Chipkonzerns AMD, seien noch „hungrig nach Arbeit“.

### **„Dem Westen etwas über den Kapitalismus beibringen“**

Es sind beileibe nicht nur niedrigere Kosten, die die Neuen Länder konkurrenzfähig machen. BMW baut seine neue Fabrik in Leipzig – und nicht im noch billigeren Tschechien. Entscheidend war letztlich die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte in Ostdeutschland. Chemieunternehmen loben die hohe „Industrieakzeptanz“ etwa in Bitterfeld. Investoren erfreuen sich generell an schnelleren Genehmigungsverfahren und weniger Bürokratie. Porsche-Chef Wendelin Wiedeking, der ebenfalls in Leipzig ein neues Autowerk ansiedelte, lobt „die Effizienz und die Flexibilität, mit der die Behörden des Freistaates Sachsen und der Stadt arbeiten“. Vor zwei Jahren schon urteilte die *Business Week*: „Der Osten könnte dem Westen ein oder zwei Dinge über den Kapitalismus beibringen.“

Dort nämlich tun sich noch immer viele Menschen schwer mit der Einsicht, dass sie um Reformen nicht herumkommen werden. War man nicht 1989 Sieger der Geschichte? Da mag man einfach keinen Abschied nehmen von dem, was in den vergangenen fünfzig Jahren funktionierte. Für Ostdeutsche wirkt es geradezu komisch, mit welcher Verbissenheit die Akteure der BRD (alt) um Besitzstände kämpfen: Sie tun, als fuße das Wohl des Volkes auf der Beibehaltung des Berufsbeamtentums. Als wäre die Eigenheimzulage ein Grundrecht. Als brähe bei einer

höheren Erbschaftssteuer die freiheitlich-demokratische Grundordnung zusammen.

Wie Alkoholiker hängen Kohleunternehmen (und die nordrhein-westfälische SPD) an ihren gewohnten Steinkohlesubventionen. Rund hundert Milliarden € Steuergelder sind in den letzten 20 Jahren in die westdeutsche Steinkohlebranche geflossen. „Wofür?“, könnten die Neuen Länder selbstbewusst und in Anlehnung an eine *Spiegel*-Titelgeschichte zu den Kosten des „Aufbau Ost“ fragen. In Brandenburg und Sachsen wurde die Braunkohleindustrie nach 1990 schlagartig gesundgeschrumpft, Zehntausende Kumpel wurden arbeitslos. Schade, dass es kein ostdeutsches Nachrichtenmagazin gibt, das dies als grobe Ungerechtigkeit auf seinem Titelblatt anprangern könnte.

Was der Westen vom Osten lernen kann, ist also weniger das, was der Osten *noch* hat, als das, was er *noch nicht* hat. Anders gesagt: Vorbild für den Westen ist nicht, was von der DDR übrig blieb, sondern das, was von der BRD nicht übernommen wurde. Wenn sich ein ostdeutscher Patriotismus auf diese Einsicht stützte, wäre er vorwärts gewandt. Er würde die DDR-Muffigkeit verlieren und sich abheben von der ressentimentgeladenen PDS-Rhetorik. Er wäre anschlussfähig für die jungen und ganz jungen Ostdeutschen, denen Jana Hensels *Zonenkinder* auf die Nerven geht. Und man hätte die „Wossis“ mit im Boot, Westdeutsche, die seit 1990 in den Neuen Ländern heimisch geworden sind.

Noch einmal zurück ins Potsdamer Hans-Otto-Theater: Wenige Minuten nach dem ostdeutschen Arbeiter meldet sich dort ein etwa gleichaltriger Herr. Er ist Westdeutscher, lebt seit langem im Osten. Betont verständnisvoll formuliert er seine Erwiderung – und erzählt eine kleine Anekdote: Nach der Wende habe er in seiner Firma beobachtet, wie ein aus dem Osten stammender Kollege mit viel Geschick einen Kippschalter reparierte. Das habe er prima hinbekommen – nur dauerte es anderthalb Stunden. Im Baumarkt hätte es denselben Schalter für zwei € fünfzig gegeben.

Solange die Ostdeutschen immer nur und bis in alle Ewigkeit auf ihre DDR-Kompetenzen stolz sind, verkaufen sie sich weit unter Wert. ■

**TORALF STAUD**

ist Redakteur im Hauptstadtbüro der Wochenzeitung „Die Zeit“ und lebt in Berlin.

# Brandenburg – ein Land für Familien

VON **GÜNTER BAASKE**

**D**as Land Brandenburg ist ein Land für Familien – und muss es noch viel stärker werden. Gesellschaft und Politik müssen sich, um selbst Zukunft zu haben, für das Thema Familie noch weiter öffnen. Viel zu lange wurde es in die konservative Ecke gestellt und ideologisch verbrämt. Wer das tut, steht selbst abseits und hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. „Kinder bekommen die Leute sowieso“ – diese auf Konrad Adenauer zurückgehende und in der Familienpolitik lange vorherrschende Annahme hat sich als fatal erwiesen: Deutschland hat zu wenig Kinder! Familie bedeutet in der Regel Glück, aber auch große Anstrengung und Verantwortung. Familie ist Voraussetzung für den Fortbestand unserer Gesellschaft. Das ist nicht Ideologie, sondern einfach nur Tatsache.

Eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Situation ist die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Die weit überdurchschnittliche Zahl an Kinder-

garten- und Hortplätzen ist dafür bei uns in Brandenburg sicherlich eine wichtige Grundlage. Wir müssen aber daran arbeiten, dass sich die Situation für Familien weiter verbessert, insbesondere durch wohnortnahe Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten, Ganztagschulen, flexible Öffnungszeiten der Kitas, betriebsnahe Kinderbetreuungsmöglichkeiten und den Ausbau der Tagespflege. In der Diskussion über Familienpolitik sollte die Verbesserung dieser Rahmenbedingungen in den Vordergrund gestellt werden, damit junge Menschen dabei unterstützt werden, ihre zweifellos vorhandenen Kinderwünsche zu realisieren.

## Lust auf Kinder

Familienpolitik allein auf den Staat zu delegieren wäre falsch. Es ist ein gesellschaftliches Thema und muss deshalb von vielen getragen werden, denn wir brauchen ein gesellschaftliches Umfeld, das Lust auf Familie und in der macht. Deshalb beschloss die Lan-

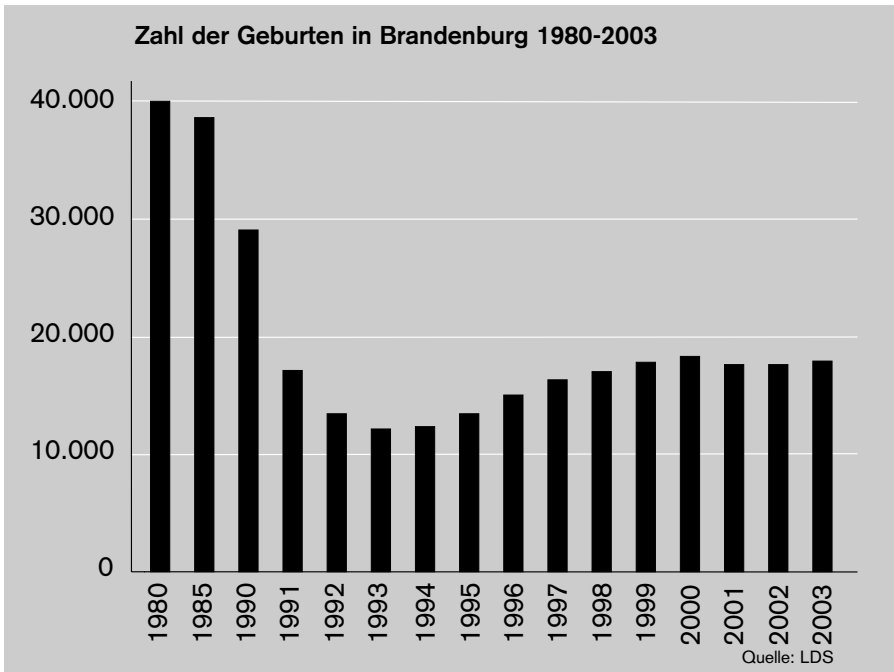
desregierung im Juni 2004 die Einberufung eines Familienbeirats.

Bewusst ist die Landesregierung im Familienrat dabei durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen nur moderierend, nicht aber stimmberechtigt beteiligt. In dem Landesbeirat sollen u.a. Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen, Kirchen und Familienverbände vertreten sein. Der Beirat wird die Welt nicht verändern, aber er wird dazu beitragen können, dass Familienpolitik den Stellenwert gewinnt, der ihr gebührt. Der Familienbeirat wird Impulse geben und auf ihre Durchsetzung drängen können.

Der Schlüssel für erfolgreiche Familienpolitik liegt jedoch im wirtschaftlichen Wachstum, dem Abbau von Arbeitslosigkeit, Zukunftssicherheit und einer kinder- und familienfreundlichem Wohn- und Arbeitswelt.

### Wirtschaft braucht Familien

Familienfreundliche Rahmenbedingungen werden künftig immer mehr zum Markenzeichen moderner Unternehmenskultur. Darauf sind die Unternehmen selbst angewiesen, denn der demografische Wandel führt zu einem Rückgang der Erwerbspersonen. Unsere Wirtschaft kann daher nicht



länger auf Frauen und Mütter verzichten, die wegen familiärer Pflichten keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist eine politische und wirtschaftliche Querschnittsaufgabe von allerhöchster Priorität.

Es geht aber nicht nur um Wirtschaft. Diesen Punkt ausschließlich in den Vordergrund zu stellen, hieße einen zentralen Inhalt gedanklich zu vernachlässigen: Denn es geht ganz wesentlich darum, Menschen dabei zu unterstützen, die Freiheit zu haben, ihrem Wunsch nach Familie und Beruf nachgehen zu können. Das ist eine Frage von Lebensqualität und Freiheit zur Lebensgestaltung.

### **Einfache Tatsachen ...**

Eine Voraussetzung für Familie ist aber auch, dass die Gesellschaft, das jeweilige Lebensumfeld kinderfreundlich ist. Das ist eine zwingende Bedingung für „mehr Familie“. Voraussetzung dafür ist auch Wohlwollen gegenüber jenen und Solidarität mit jenen, die das Leben lebenswert machen und ein großes Glück sind: Kinder.

Die einstige Bevölkerungspyramide ist längst im Begriff, unten schlank und oben breit zu werden. Damit fehlt ihr die Standfestigkeit. Der Grund ist einfach: Es werden entschieden zu wenig Kinder geboren. Die sozialen Sicherungssysteme drohen deshalb zu kippen. Dazu genügt ein Blick auf die geringe

Geburtenrate. Sie lag im Jahr 2002 im Land Brandenburg bei 1,21 und im Bundesdurchschnitt bei 1,34 Kindern pro Frau.

Im Jahr 2002 lebten in Brandenburg etwa 443.100 Familien mit Kindern, davon waren 115.500 allein Erziehende mit Kindern unter 18 Jahren. Bei der Anzahl der Kinder ist ein Trend zu immer kleineren Familien, häufig Ein-Kind-Familien (2002: 267.300 Ein-Kind-Familien) festzustellen. Im Mai 2003 verfügte ein Drittel der Familien mit Kindern über ein monatliches Familiennettoeinkommen von weniger als 1.500 € ca. 47.000 Familien mussten mit einem monatlichen Einkommen von unter 900 € auskommen.

### **... die zum Handeln zwingen**

Die Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren, die 2002 von Sozialhilfe lebten, hat sich im Vergleich zu 1996 um über 60 Prozent erhöht. So stieg die Zahl der Kinder, die in Brandenburg von Sozialhilfe abhängig waren, von 1994 bis 2002 in der Altersgruppe der Minderjährigen von drei bis 18 Jahren um 31,5 Prozent. Fast ein Drittel der Sozialhilfeempfänger ist jünger als 18 Jahre. Die Zahl der Alleinerziehenden mit Kindern bis 18 Jahren, die Sozialhilfe erhalten, stieg im Jahr 2002 gegenüber 1994 um 66 Prozent. Auch der kontinuierliche Anstieg der Fallzahlen in der Verbrau-

cherinsolvenzberatung weist darauf hin, dass immer mehr Familien wirtschaftlich schlecht gestellt sind.

Eine besondere familienpolitische Herausforderung bleibt deshalb die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik: Die Arbeitslosenquote Brandenburgs war im Mai 2004 mit 18,6 Prozent (davon Frauen 19,3 Prozent, Männer 21,0 Prozent und Jugendliche unter 25 Jahren 16 Prozent) nach wie vor besorgniserregend hoch.

**Frauen, die dauerhaft kinderlos bleiben**

Geburtsjahrgang	West	Ost
1950	14,9 %	8,0 %
1955	19,4 %	6,0 %
1960	23,3 %	10,6 %
1965	31,2 %	26,4 %

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, BMFSFJ

Alarmierend ist die Abwanderung gerade junger Frauen. Von 1997 bis 2002 verließen 16.400 Frauen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren das Land Brandenburg. Das hat zur Folge, dass in Zukunft ein großer Teil der potenziellen Mütter fehlen wird. Die aktuelle Prognose geht bis zum Jahre 2020 von einem Rückgang der Frauen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren um 56.400 Personen, d.h. um 43 Prozent, aus. Das sind einfache Tatsachen, die zum Handeln zwingen.

Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt von den Kompetenzen ihrer kommenden Generationen ab. Konsequente Politik für Familien ist daher eine der wichtigsten Investitionen unseres Landes. Wir orientieren uns dabei an einem Familienbegriff, der aufgrund der Vielfalt der individuellen Gestaltungs- und Lebensstile alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern umfasst.

**Grundsätze der Familienpolitik**

Familie bedeutet darüber hinaus einen lebenslangen Generationenverbund von Eltern, Kindern und Großeltern, der sich durch gegenseitiges Wahrnehmen von Verantwortung und Füreinander-Dasein auszeichnet. Die Sicherung der Chancengleichheit für alle Familienformen und ihre Mitglieder ist wesentlicher Leitgedanke familienpolitisch relevanter Maßnahmen und Entscheidungen.

Familienpolitik ist Querschnittsaufgabe aller gesellschaftlichen Akteure und *keine* des Staates allein. Sie erfordert einen offenen Dialog der politischen Verantwortlichen mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene unter Einbeziehung der Sozialpartner, der Verbände, Wissenschaftler und Kirchen sowie von Vertretern der Familien, Kinder und Jugendlichen.

Die Verbesserung und Schaffung kinder- und familienfreundlicher Rah-

menbedingungen mit dem Ziel, an die Stelle der nach wie vor bestehenden strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien eine gesellschaftsweite strukturelle Ermutigung zu einem Leben mit Kindern zu setzen, gehört zu den unverzichtbaren Kernaufgaben politischen Handelns.

Im Mittelpunkt der Familienpolitik stehen damit

- die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit,
- die wirtschaftliche Stärkung der Familien,
- die Sicherung einer kinder- und familiengerechten Infrastruktur sowie
- die Stärkung der Erziehungskraft der Eltern.

### **Neue Herausforderungen**

Die Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik steht vor besonderen Herausforderungen. Dies vor dem Hintergrund einer nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit, des strukturellen Mangels an Ausbildungsplätzen und rentablen Arbeitsplätzen des ersten Arbeitsmarktes, der wirtschaftlichen Lage allein erziehender Männer und Frauen und der steigenden Abhängigkeit von Kindern und Jugendlichen auf Sozialhilfe, sowie der großen Bereitschaft junger Menschen, insbesondere Frauen, zur ökonomisch bedingten beruflichen Mobilität. Die wichtigste Strategie zur wirtschaft-

lichen Stärkung der Familien ist die Sicherung des Familieneinkommens durch Ermöglichung von Erwerbsarbeit.

### **Demografische Entwicklung**

Vor dem Hintergrund des wachsenden Anteils der älteren Bevölkerung sind verschiedene Politikbereiche – insbesondere die Sozial-, Gesundheits-, Wohnungsbau-, Familien- und Wirtschaftspolitik – aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, ein würdevolles und möglichst familiennahes Leben im Alter zu ermöglichen.

Schon allein die demografische Entwicklung spricht auch für das Erfordernis, in der Bevölkerung die Bereitschaft zu stärken, an der Verbesserung der Integration von Migrantenfamilien aktiv mitzuwirken. Die Sicherstellung des künftigen Bedarfs an personengebundenen Diensten und Infrastrukturangeboten – insbesondere für ältere Menschen und Familien in besonderen Lebenslagen – ist eine wesentliche Aufgabe der Familienpolitik.

Armut von Kindern verschärft die Bildungsmisere. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien und aus Migrantenfamilien besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Angesichts der unverzichtbaren, die Lern- und Bildungsprozesse unterstützenden Funktion der Familie und des Phänomens der sozialen Vererbung der Bildungsarmut sind sowohl

Familienbildung als auch Kindertagesstätten und Schulen aufgefordert, herkunftsbedingte Benachteiligungen zu beseitigen.

## **Familie und Erwerbstätigkeit**

Gleiche Chancen bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit – auf diesem Feld Fortschritte zu erreichen, gleicht oft einer Sisyphusarbeit. Es ist ein Balanceakt: Insbesondere junge Frauen, aber auch Männer, sehen sich vor die Wahl Familie oder Erwerbstätigkeit gestellt. Viele sagen aus unterschiedlichen und nachvollziehbaren Gründen: Die Arbeit hat Vorrang. Deshalb stehen Kinderwunsch und Kinderbekommen häufig nicht in Einklang. So sind 26,4 Prozent der ostdeutschen Frauen aus dem Jahrgang 1965 kinderlos. Beim Jahrgang 1960 sind es nur 10 Prozent. Die Zahlen für Westdeutschland sind jedoch noch schlechter: 31,2 Prozent der heute fast 40-jährigen haben keine Kinder und 23,3 Prozent der heute fast 45-jährigen.

Neue Wege und Lösungen können dazu beitragen, die familienpolitische Entwicklung Brandenburgs voranzubringen und noch vorhandene Defizite abzubauen. Es gibt gute Beispiele, die in unseren Regionen bereits wirken, nachahmenswert sind und Mut machen. Sie entwickelten sich aus den Ideenwettbewerben „Chancen für Familie und Erwerbstätigkeit“ des Mini-

steriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen aus den Jahren 2001 und 2002. Aber auch über einige unserer INNOPUNKT-Kampagnen werden begleitende Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit entwickelt. Dies gilt zum Beispiel für die Entwicklungspartnerschaft REchoke. Beides ist zum größten Teil über den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.

Um eine gesunde Balance zwischen Familie und Erwerbsarbeit zu gewährleisten, ist eine Abkehr von der weitgehend jugendzentrierten Single-Personalpolitik hin zur Verankerung eines familienfreundlichen Klimas in der Arbeitswelt erforderlich. Die Landesregierung setzt sich deshalb dafür ein, familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Aufgrund des steigenden Anteils der älteren Bevölkerung muss dabei auch die besondere Situation erwerbstätiger pflegender Angehöriger berücksichtigt werden.

## **„Väteroffensive“**

Mit dem in Brandenburg bestehenden, im Bundesvergleich umfassenden Angebot der Kindertagesbetreuung sind bereits sehr gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit vorhanden. Die fortschreitende Flexibilisierung der Arbeitsorganisations- und Arbeitszeitmodelle erfordert es, das bestehende Kinderbetreuungssystem im Hin-



## Familienpolitische Vorschläge und Aktivitäten

- Familienpolitik als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe (familienpolitische Offensive)
- Einberufung eines Landesbeirates für Familien
- „Familienpolitik“ künftig als Bezeichnung eines Ministeriums, um damit das Thema zu stärken und dessen Stellenwert zu dokumentieren
  
- Beförderung eines gesellschaftlichen Wertewandels zugunsten eines Lebens mit Kindern
- nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien
- Sicherung bzw. Verbesserung der familienrelevanten Infrastruktur auf dem Land (z.B. Schulen, ärztliche Versorgung, alten- und behindertengerechte Versorgung)
  
- besondere Berücksichtigung benachteiligter Zielgruppen des Arbeitsmarktes – Berufsrückkehrerinnen, allein Erziehende, ältere Frauen – in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen
- Flexibilisierung von Arbeitszeiten
- Verbesserung der Chancen für junge Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramm Ost
- zielgenaue berufliche Qualifizierung junger Frauen und Alleinerziehender (INNO-PUNKT)
- Integration von Sozialhilfeempfängerinnen mit Kindern in den Arbeitsmarkt durch das Landesprogramm „Arbeit statt Sozialhilfe“
  
- Erhöhung der zeitlichen Flexibilität der Kindertagesbetreuung
- Verbesserung der Tagespflege als familiennahe und flexible Betreuungsalternative, z.B. auch für Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf (Behinderte)
- Einrichtung von betriebsnahen bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten (z.B. Betriebskindergärten)
- Ausbau von Ganztagschulen als „Lern- und Lebensort“
  
- Weiterentwicklung des Erziehungsgelds zu einem Elterngeld mit Lohnersatzfunktion
- Verteilung des familienpolitischen Budgets zugunsten von Dienstleistungen
- Weiterentwicklung eines gerechten Familienleistungsausgleichs unter Berücksichtigung direkter und indirekter Steuern, z.B. durch stärkere Berücksichtigung von Kindern bei der direkten Steuerlast

blick auf flexiblere Betreuungszeiten, den Ausbau der Tagespflege und der Schaffung von Notfallbetreuungsangeboten gezielt weiterzuentwickeln. Auch der weitere Ausbau von Ganztagschulen als Lern- und Lebensort ist ein wichtiges bildungs- und familienpolitisches Anliegen der Landesregierung.

Kinder brauchen Väter und Väter wünschen sich mehr Zeit mit ihren Kindern. Die Landesregierung setzt sich auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen für die Förderung einer aktiven und präsenten Vaterschaft ein, indem sie dazu beiträgt, ein gesellschaftliches Bewusstsein für ein neues Väter-Leitbild zu schaffen. Männer sollen ermuntert werden, Familienaufgaben gleichberechtigt mit ihren Partnerinnen wahrzunehmen.

## **Familien als Standortfaktor**

Dies dient dem Abbau der Mehrfachbelastungen der erwerbstätigen Mütter und wirkt sich durch eine stärkere Bindung zwischen Vätern und ihren Kindern positiv auf deren sozial-emotionale Entwicklung aus. Ein wichtiger Schritt hierzu ist die tatsächliche Ermöglichung der Elternzeit für Väter durch Weiterentwicklung des Erziehungsgeldes zu einem Elterngeld mit Lohnersatzfunktion, denn bislang nehmen nur circa 3 Prozent der Väter in Brandenburg Elternzeit in Anspruch.

Die hohe Erwerbsorientierung der meist gut ausgebildeten Frauen trifft in Brandenburg auf eine gute Infrastruktur, die es ermöglicht, Familie und Erwerbsleben gut zu verbinden. Das ist ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Auch eine kinder- und familienfreundliche Infrastruktur trägt nachhaltig zur Verbesserung des weichen Standortfaktors Familienfreundlichkeit bei. Familienfreundliche Innenstädte und Wohngebiete mit Infrastrukturangeboten, die insbesondere Kindern und älteren Menschen einen bedarfsgerechten und sicheren Lebensraum eröffnen, bilden dabei weiterhin ein vorrangiges Anliegen der Landesregierung. Sie will künftig offensiver mit den bereits vorhandenen familienfreundlichen Rahmenbedingungen werben.

## **Gesundheitspolitik für Kinder**

Die Landesregierung setzt sich für einen gesellschaftlichen Wertewandel zugunsten eines Lebens mit Kindern ein. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit will sie Lust auf Kinder wecken und Zukunftsängste abbauen. Es sind Bedingungen zu schaffen, die es nicht länger wirtschaftlich vernünftiger erscheinen lassen, auf Kinder zu verzichten.

Eine moderne Familienpolitik muss die Kinder unmittelbar erreichen, um ihnen beste Entwicklungsmöglichkei-

ten und Chancengleichheit zu ermöglichen. Daher sind ein bedarfsgerechter Ausbau und die qualitative Verbesserung der familienunterstützenden Infrastruktur sinnvoller als weitere monetäre Transferleistungen an Familien. Wir setzen uns deshalb für die Verteilung des familienpolitischen Budgets zugunsten von Dienstleistungen ein.

Untersuchungen zum gesundheitlichen Status der Kinder und Jugendlichen in Brandenburg belegen den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Defiziten. Sie zeigen teils erhebliche Gesundheitsrisiken auf, die sich aus sozial ungünstigen Familienverhältnissen ergeben. Armut führt bei Kindern und Jugendlichen zu Beeinträchtigungen der psychosozialen Gesundheit und zu ungünstigen Gesundheitsverhaltensmustern.

Vor diesem Hintergrund ist die besondere Bedeutung der familiären Situation für die Gesundheit hervorzuheben: Ernährung, sportliche Betätigung, vor allem jedoch Zuwendung und emotionale Anerkennung sind gesundheitsrelevante Faktoren, die maßgeblich von der Familie beeinflusst werden.

### **Mehr Erziehungskompetenz**

Die öffentliche Kinderbetreuung und der öffentliche Gesundheitsdienst müssen dabei ihren Aufgaben einerseits nachkommen, dürfen aber andererseits

nicht in ihren Möglichkeiten durch vermeintliche und kurzfristige Ressourceneinsparungen auf kommunaler Ebene beschnitten werden. Durch Ausbau und Weiterentwicklung der Netzwerke *Gesunde Schulen* und *Gesunde Kita* können Eltern in Brandenburg in ihrer Kompetenz und Eigenverantwortung in gesundheitlichen Fragen gestärkt werden.

### **Gleiche Bildungschancen**

Aufgabe der Politik ist es, Bedingungen zu schaffen, die es allen Eltern ermöglichen, in gemeinsamer Verantwortung mit anderen gesellschaftlichen Bildungs- und Sozialisationsinstanzen ihrem Erziehungsauftrag gerecht werden zu können. Familien benötigen hierzu vielfältige Kompetenzen und Fähigkeiten, die jedoch nicht angeboren sind, sondern erlernt werden müssen.

Der Eltern- und Familienbildung kommt somit vor dem Hintergrund der bildungspolitischen Bedeutung der Familie als präventive gesellschaftliche Aufgabe eine besondere Bedeutung zu. Sie muss die Frage beantworten, wie Familien, insbesondere sozial schwächere und Familien in besonderen Belastungssituationen sowie solche mit Migrationshintergrund, dazu befähigt werden können, ihren Kindern diese so genannten Schlüsselkompetenzen zu vermitteln.

Die Familie als ein anspruchsvolles Beziehungsgeflecht, als vielschichtige Erziehungs- und Sozialisationsinstanz bedarf der Berücksichtigung in Schulen und anderen Bildungsinstitutionen, um Jugendliche auf Partnerschaft und Elternsein vorzubereiten und Ängste und Verunsicherungen abzubauen.

### **Erzieherberuf modernisieren**

Bildung ist ein wichtiger Rohstoff und damit Standortfaktor Brandenburgs. Das Bildungssystem ist das entscheidende Instrument der Chancengleichheit in einer Gesellschaft. Ein qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot ist für die soziale Entwicklung der Kinder wichtig und leistet einen zarten Beitrag für den Ausgleich sozialer Benachteiligungen von Kindern. Die Landesregierung setzt sich für ein Bildungssystem ein, das gleiche Chancen für alle – unabhängig von der sozialen Herkunft – gewährleistet und das gut Bildung, langfristig landesweit auf allen Bildungsstufen – Kita, Schule, Ausbildung und Hochschule – sicherstellt.

Dies schließt die Sicherung der Bildungschancen für Kinder mit körperlichen und seelischen Behinderungen und Kinder aus Migrantenfamilien

ein. Angesichts der festzustellenden Diskrepanz zwischen Ausbildungsinhalten und praktischen Anforderungen an den Erzieherberuf ist die Erzieherausbildung langfristig an europäische Standards anzupassen.

### **Generationensolidarität**

Für ein gelingendes Miteinander und die Entstehung neuer Formen sozialen und bürgerschaftlichen Engagements ist gegenseitige Akzeptanz und Achtung zwischen den Generationen erforderlich, die einen offenen und lebendigen Dialog zwischen den Generationen und die schrittweise Annäherung der Lebenswelten von Jung und Alt voraussetzt.

Familienpolitische Maßnahmen müssen angesichts der demografischen Entwicklung die bestehenden familiären sozialen Netze stützen. Gleichzeitig müssen sie durch die gezielte Förderung intergenerationaler Projekte zum Entstehen neuer sozialer Netze beitragen, denen keine familiären Bindungen zugrunde liegen. Dies beinhaltet die Stärkung der Selbsthilfekräfte und des Ehrenamtes von älteren Menschen gleichermaßen wie die Stärkung des Potenzials von Familien und jungen Menschen zur Unterstützung und Versorgung der älteren Generation. ■

**GÜNTER BAASKE**

ist Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen  
des Landes Brandenburg.

# Familienpolitik ist Wachstumspolitik

VON **BERT RÜRUP UND SANDRA GRUESCU**

**A**b 2010 wird der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung merklich zurückgehen. Der Anteil der über 65-Jährigen wird dagegen ansteigen. Dieser demografische Wandel bewirkt einen Rückgang des zukünftigen Arbeitskräftepotenzials und eine Zunahme des Altenquotienten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und wie sich diese Entwicklung auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken wird.

Lassen sich negative Effekte des Bevölkerungs-, bzw. Arbeitskräfterrückgangs auf das wirtschaftliche Wachstum vorhersagen, kann eine nachhaltige Familienpolitik versuchen, den zahlenmäßigen Rückgang der Erwerbstätigen zu entschärfen. Nachhaltige Familienpolitik bedeutet dabei die Verfolgung zweier Ziele: erstens die Steigerung der Geburtenrate, um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken und zwei-

tens die Erhöhung der Frauenerwerbstätigenquote, um den zukünftigen Arbeits-, bzw. Fachkräftemangel zu vermeiden oder zumindest abzumildern. Familienpolitik kann aber nur dann nachhaltig sein, wenn sie auf die sich verändernden demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagiert und von der Bevölkerung akzeptiert wird.

## **Bevölkerungsstruktur und Sozialprodukt hängen zusammen**

Die direkten Auswirkungen der Bevölkerungsalterung und -schrumpfung auf die Entwicklung des Sozialprodukts, an dessen Verlauf die wirtschaftliche Entwicklung gemessen wird, sind nicht einfach zu bestimmen. Theoretisch lässt sich zeigen, dass der Bevölkerungsrückgang und der zeitgleich einher gehende Anstieg des Altenquotienten jeweils für sich genommen zu einer Beeinträchtigung des Sozialprodukts führen.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Für eine formale Darstellung des Modells siehe: Bert Rürup und Sandra Gruescu, Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2003, Seite 45.

Aufgrund der Bevölkerungsschrumpfung wird das Arbeitsangebot sinken, wobei das Ausmaß des Rückgangs aber auch von den Erwerbsquoten der Frauen und älteren Beschäftigten beeinflusst wird. Eine Erhöhung der Erwerbsquoten kann den durch den demografischen Wandel induzierten Rückgang des Arbeitskräfteangebots zumindest teilweise abmildern und daher einen positiven Einfluss auf die Entwicklung des Sozialprodukts haben.

### **Sinkendes Arbeitskräfteangebot ...**

Die Erhöhung des Altenquotienten – und damit auch die des Rentnerquotienten – bedeutet, dass die Erwerbstätigen eine immer größer werdende Zahl von Personen, die nicht mehr im Erwerbsprozess stehen, unterstützen. Dabei sind die Konsequenzen für die Systeme der sozialen Sicherung, insbesondere für das Rentensystem hinreichend bekannt und viel diskutiert. Zum Beispiel wird durch eine immer höhere Belastung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch Lohnnebenkosten das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage geschmälert werden, was sich ungünstig auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken wird.

Dabei sollte nicht vergessen werden, dass der Rentnerquotient nicht in erster Linie durch die demografische Entwicklung bestimmt wird, sondern durch das mehr oder weniger willkürlich angesetzte Renteneintrittsalter von 65 Jahren festgelegt ist.

Eine Studie der OECD geht davon aus, dass – vorausgesetzt, es werden keine speziellen Politikmaßnahmen aufgrund der Alterungsproblematik ergriffen („business-as-usual“-Szenario) – in der Europäischen Union die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von etwa 2,3 Prozent im Jahre 2000 auf durchschnittlich rund 0,5 Prozent im Zeitraum der Jahre 2025 bis 2050 sinkt.<sup>2</sup> Die Hauptursachen dafür sind der bereits erwähnte Rückgang der Personenzahl im erwerbsfähigen Alter und die Verlangsamung des technischen Fortschritts.

### **...gefährdet wirtschaftliche Entwicklung**

Auch die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten des Pro-Kopf-Einkommens werden der Studie zufolge von 1,9 Prozent zwischen den Jahren 2000 und 2010 auf 1,1 Prozent in der Dekade zwischen 2040 und 2050 sinken.<sup>3</sup> Der Lebensstandard wird auch in einer al-

2 Siehe: OECD, The macroeconomic implications of ageing in a global context, Economics department working papers no. 193, Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris 1998, Seite 47, Tabelle 3.

3 Siehe: ebenda, Seite 49, Tabelle 5.

ternden Gesellschaft weiter ansteigen. Eine langsamere Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens bedeutet aber, dass z. B. eine Verdoppelung des heutigen Lebensstandards erst zu einem späteren Zeitpunkt erreicht wird, als dies ohne Alterung der Fall wäre.

## **Humankapital ist Schlüsselfaktor**

Diese langsamere Wachstumsrate wird hauptsächlich mit der Beeinträchtigung des technischen Fortschritts und der Zunahme des Rentnerquotienten begründet. Der Rentnerquotient ist dabei eine noch relativ leicht zu beeinflussende Größe: mit einer Heraufsetzung des Renteneintrittsalters kann dieser verändert und auch das Rentensystem entlastet werden.<sup>4</sup>

Geht man davon aus, dass Humankapital für den technischen Fortschritt und damit auch für das wirtschaftliche Wachstum von großer Bedeutung ist, ergibt sich aufgrund der Schrumpfung des Arbeitskräftepotenzials ein negativer Effekt für die Quantität des Humankapitals. So kommt der Qualität des Humankapitals eine Schlüsselfunktion zu. Auch ohne die Annahme, dass die Kreativität mit zunehmendem Alter nachlässt und damit die Innovationskraft abneh-

men wird, kann man von einer teilweise sinkenden Qualität des Humankapitals im Alter ausgehen, da ältere Arbeitnehmer seltener an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen als jüngere.

Zudem zeigt sich, dass mit zunehmendem Lebensalter die Risikoaversion zunimmt. Geht man davon aus, dass für die Entwicklung von neuen Technologien und Produkten ein gewisses Maß an Risikobereitschaft vorhanden sein muss – zum Beispiel, weil diese Vorhaben mit der Aufnahme von Kapital oder mit Unternehmensgründungen verbunden sind –, dann führt ein zunehmendes Durchschnittsalter der Bevölkerung zu einer höheren Risikoaversion und damit erlahmenden Innovations- und Innovationstätigkeiten.

## **Anreize für neue Technologien schaffen**

Man darf aber nicht übersehen, dass es auch positive Einflüsse der Alterung auf den technischen Fortschritt gibt. So könnte die demografisch bedingte Knappheit der Arbeitskräfte zusätzliche Anreize bieten, neue Technologien zu entwickeln, die die Arbeitskräfte ersetzen werden.

Da die gesamte Wirkungsrichtung des Einflusses der Bevölkerungsentwick-

<sup>4</sup> Allerdings wäre eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 77 Jahre bis zum Jahre 2050 notwendig um den Altenquotienten (des Jahres 1995) auch in den nächsten 50 Jahren konstant zu halten (Vereinte Nationen, Replacement Migration: Is it a solution to declining and ageing populations? United Nations Population Division, Department of Economic and Social Affairs, 2000, Seite 38).

lung auf die Wachstumsdeterminante „Technischer Fortschritt“ eher unsicher ist, da es sowohl negative als auch positive Einflüsse gibt, bleibt als politisch zu beeinflussende Größe das Erwerbspersonenpotenzial, d. h. die Erhöhung der Anzahl der Erwerbstätigen (und ihres Humankapitals) in einer schrumpfenden Bevölkerung. Kurzfristig kann dies durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung geschehen, mittel- bis langfristig kann dies mit einer Erhöhung der Geburtenrate kombiniert werden.

### **Migrationspolitik als Alternative?**

Zuwanderung kann übrigens allenfalls eine sehr begrenzte Lösung des Alterungsproblems bedeuten. Wie von den Vereinten Nationen in der Studie „Replacement Migration“ berechnet, würden die quantitativen Ausmaße der notwendigen Zuwanderung um z. B. den Altenquotienten konstant zu halten, das Fassungsvermögen mit jährlich durchschnittlich 3,4 Millionen Zuwanderern bei weitem übersteigen. Ein weiteres Problem ist auch die dynamische Seite der Zuwanderung: auch Zuwanderer altern. Unterstellt man dann zusätzlich, dass die bei einigen Zuwanderergruppen höhere Fertilität sich im Zeitverlauf an die niedrige

Rate der Deutschen anpasst, ist die Alterung auch weiterhin ein ungelöstes Problem.

Migrationspolitik kann allenfalls für eine der beiden Ziele von Familienpolitik „einspringen“ und zwar für die Erhöhung der heute Erwerbstätigen. Migrationspolitik muss aus diesem Grund die Zuwanderung von Arbeitskräften steuern (können) und vor allem besser integrieren, damit allenfalls geringe Anpassungsschwierigkeiten bestehen. Bezüglich einer Erhöhung der zukünftigen Erwerbstätigen bietet aber selbst eine erfolgreiche Migrationspolitik keine Alternative zur nachhaltigen Familienpolitik.

### **Nachhaltige Familienpolitik als Ausweg**

Zwei Dinge unterscheiden die „nachhaltige Familienpolitik“ von einer Familienpolitik, wie sie traditionell in eher konservativer Weise definiert wurde. Erstens wurde darin das Ziel der Erhöhung der Geburtenrate im Zusammenhang mit dem Ziel einer Reduktion der Frauenerwerbstätigkeit verbunden. Zweitens zielte man darauf ab die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu erhöhen, da man davon ausging, dass kinderreiche Familien mehr konsumieren.<sup>5</sup>

Nachhaltige Familienpolitik verbindet dagegen die Erhöhung der Gebur-

<sup>5</sup> Siehe: Klaus Zimmermann, Grenzen einer Bevölkerungspolitik durch Familienpolitik, in: Wirtschaftsdienst 1984/IV, Hamburg, Seite 181.



tenrate mit der Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Eine Analyse der familienpolitischen Leistungen in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union führt zu dem Ergebnis, dass Maßnahmen für eine verbesserte zeitgleiche Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Geburtenrate eines Landes positiv beeinflussen können. Die Erfahrung anderer Länder zeigt, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht mit einer geringen Geburtenrate einhergehen muss. Geburtenzahl und hohe Erwerbsquoten sind also keine substituären Ziele, sondern können als Komplemente aufgefasst werden.

### **Kosten und Nutzen abschätzen**

Zudem geht es bei der Argumentation für eine nachhaltige Familienpolitik um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Produktionspotenzial, d.h. die Angebotsseite einer Volkswirtschaft. Dieser Unterschied zur traditionellen Familienpolitik – Nachfrage versus Angebot bzw. Produktionspotenzial – ist sicherlich auch in der gerade vorherrschenden Denkschule bezüglich des wirtschaftlichen Wachstums begründet.

Das im nächsten Abschnitt in Ergänzung eines Ausbaus familienunterstützender Infrastruktur und entsprechender Dienstleistungsangebote vorge-

schlagene Elterngeld-Modell<sup>6</sup> als Instrument einer nachhaltigen Familienpolitik basiert auf dem Opportunitätskostenprinzip.

Opportunitätskosten, d.h. mögliche Nutzen und Erträge einer Alternativaktivität, die dem Individuum aufgrund einer Aktivität oder Mittelverwendung entgehen, sind eine wichtige Determinante des Fertilitätsverhaltens. Im Falle der Familiengründung bedeutet dies, wer Kinder bekommt und aufzieht, kann andere Tätigkeiten und den damit verbundenen Nutzen nicht wahrnehmen. Rationale Individuen wägen Kosten und Erträge von Alternativsituationen ab und wählen die Alternative, die den höchsten Nutzen bezogen auf die eigenen Präferenzen bringt.

### **Kinder und Opportunitätskosten**

Opportunitätskosten von Kindern sind (aufgrund einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit) das individuelle Einkommen und die damit verbundenen Rentenansprüche; die Geldsummen, die man nicht anderweitig verwenden kann, da man Aufwendungen für Kinder hat; das niedrigere Arbeitsloskeitsrisiko von erwerbstätigen Nicht-Eltern im Vergleich zu erwerbstätigen Eltern, da Kinderlose mehr Flexibilität aufweisen und der Nutzen

---

<sup>6</sup> Bert Rürup und Sandra Gruescu, a.a.O.

einer stetigen Beschäftigung bezüglich des eigenen Humankapitals.

Nicht-monetäre Opportunitätskosten sind Formen der Diskriminierung von Müttern insbesondere junger Kinder am Arbeitsplatz („Rabemutter“) und vor allem in qualifizierten Berufen etwa durch das Vorenthalten wichtiger Projekte als Folge der erwarteten kinderabhängigen Zeitpräferenzen.

Je höher das aktuelle Einkommen ist, desto höher wird auch das zukünftige Einkommen und damit die spätere Rente sein und desto höher sind die gesamten Opportunitätskosten einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Dies bedeutet, dass insbesondere für höher qualifizierte und gut verdienende Frauen die Opportunitätskosten höher sind als für niedrig verdienende Frauen.

### **Trend zur Kinderlosigkeit nimmt zu**

In Deutschland ist die Kinderlosigkeit das eigentliche demografische Problem. Im europäischen Vergleich bleiben hier die meisten Frauen dauerhaft kinderlos.<sup>7</sup> Eine Frau, die ein Kind bekommt, bekommt sehr wahrscheinlich auch ein zweites, so dass ein Trend zur Ein-Kind-Familie nicht feststellbar ist. Daher muss der Schwerpunkt

einer Familienpolitik dazu beitragen, die Gründe zu beseitigen, warum sich ein Paar gegen die Umsetzung eines Kinderwunsches entscheidet.

### **Elterngeld-Modell als Alternative**

Um die „Nachfrage nach Kindern“ und damit die Fertilitätsrate zu erhöhen, müssen die Opportunitätskosten von Kindern verringert werden. Der Leitgedanke – mit Hinblick auf die beiden Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik – ist, den Einkommensverlust in der Familiengründungsphase abzumildern. An das Elternteil, das seine Erwerbstätigkeit unterbricht, um das Kind zu erziehen, wird daher ein Elterngeld ausgezahlt, das 67 Prozent des Nettolohns des/der Antragstellers/in vor der Geburt beträgt. Dabei liegt das Minimum bei 300 Euro im Monat während für die Höhe der Maximalleistungsbeträge die Regelungen zu den Maximalbeträgen beim Arbeitslosengeld gelten (Bemessungsgrenzen). Das Erziehungsgeld entfällt.

Dieses relativ hohe Elterngeld ist notwendig, um die Opportunitätskosten, die durch eine Erwerbsunterbrechung entstehen, gering zu halten. Fiskalische Zwänge erlauben derzeit nicht, ein höheres Elterngeld zu zahlen. Für die vorgeschlagene Höhe von 67 Pro-

---

<sup>7</sup> Nach Schätzungen sind 22 Prozent der westdeutschen Frauen des Geburtsjahrgangs 1955 kinderlos.

zent hat das Fraunhofer-Institut Kosten in Höhe von 4,3 Milliarden Euro errechnet.<sup>8</sup>

Allerdings gilt auch, dass z. B. eine Auszahlung eines Elterngeldes in Höhe von 100 Prozent des Nettolohnes eine Absenkung der durch Erwerbsunterbrechung entstehenden Opportunitätskosten auf Null bedeuten würde. Dann würde man aber die Tatsache ausblenden, dass Kinder einen individuellen Nutzen für die Eltern stiften. Der „wahre“ Wert muss also für jedes Individuum unter 100 Prozent liegen.

### **Elternzeit und Berufseinstieg weiterentwickeln**

Jedem Elternteil stehen jeweils bis zu drei Monate bezahlter Elternzeit zu, wobei diese Teile nicht übertragbar sind. Zusätzlich können weitere sechs bezahlte Monate Elternzeit zwischen Mutter und Vater frei aufgeteilt werden. Für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes kann eine unbezahlte Elternzeit genommen werden, für die die heutigen Regelungen der Elternzeit bezüglich des Teilzeitarbeitsanspruches

und der Wiederbeschäftigungsgarantie gelten.

Die Länge der Elternzeit stellt einen Kompromiss aus den Überlegungen bezüglich der Opportunitätskosten, der möglichst frühzeitigen Wiederbeschäftigung im Beruf und aus Aspekten bezüglich der Gesundheit des Kindes und der Mutter dar. In diesem Modell ist die Betreuung des Kleinstkindes zu Hause durch einen Elternteil bis zur Vollendung des 14. Lebensmonates gesichert. In diesem Alter ist der Besuch einer Kinderbetreuungs-einrichtung für viele Kinder in anderen Ländern bereits Normalität. Da medizinische Untersuchungen und Gesundheitsorganisationen aufzeigen, dass es für das Kind das Beste ist, die ersten 6 Monate voll gestillt zu werden<sup>9</sup>, kann die Mutter genau dies tun.

### **Wiedereinstieg in den Beruf ermöglichen**

Die gesamte Elternzeit wird im Vergleich zur heutigen Regelung nicht verkürzt. Es ist weiterhin möglich, bis zum dritten Lebensjahr des Kindes die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen.

<sup>8</sup> Die Regelungen gelten für alle abhängig Beschäftigten und Selbstständigen. Das Elterngeld für Unbeschäftigte ist an die heutigen Anspruchsvoraussetzungen des Erziehungsgeldes angelehnt. Das Elterngeld für Unbeschäftigte beträgt 300 € monatlich. Die bezahlte Elternzeit muss bis zur Vollendung des 14. Lebensmonats des Kindes genommen werden. Ist der Elternteil, der Elterngeld bezieht in Teilzeit beschäftigt wird das Elterngeld teilweise angerechnet. Allerdings darf die Anrechnung nicht zu hoch ausfallen, da der Anreiz zur Arbeitsaufnahme nicht verringert werden soll. Der Vater kann die Elternzeit ab der Geburt des Kindes antreten, die Mutter nach Ablauf des Mutterschutzes. Für die genauen Annahmen der Berechnung siehe Bert Rürup und Sandra Gruescu, a.a.O.

<sup>9</sup> siehe z.B.: WHO Weltgesundheitsorganisation 2004, Nutrition – Infant and young child, im Internet: [www.who.int/child-adolescent-health/NUTRITION/infant\\_exclusive.htm](http://www.who.int/child-adolescent-health/NUTRITION/infant_exclusive.htm) (Download 11.2.2004).

Eine Verkürzung der (unbezahlten) Elternzeit auf z. B. den Zeitpunkt der Vollendung des zweiten Lebensjahrs des Kindes erscheint heute nicht angebracht, da die Kinderbetreuungsmöglichkeiten (zumindest in den alten Bundesländern) noch lange nicht ausreichend sind, um der Mutter einen Wiedereinstieg in den Beruf nach der Vollendung des zweiten Lebensjahres zu ermöglichen.<sup>10</sup>

Längerfristig sollte es aber Ziel sein, die Erwerbsunterbrechung der Eltern, bzw. insbesondere der Mütter relativ kurz zu halten, um der Entwertung des Humankapitals und damit einer Entqualifizierung entgegenzuwirken.

### **Kinderbetreuung spielt tragende Rolle**

Laut Unternehmensbefragungen bevorzugt die Mehrheit der Unternehmen im kaufmännischen/gewerblichen Bereich eine Unterbrechung aufgrund der Familiengründung von höchstens 1-2 Jahren. Denkbar ist, dass heute – in einer Zeit in der in einigen Arbeitsmarktbereichen der Fachkräftemangel bereits offensichtlich ist – die Mehrheit der Unternehmen eine noch kürzere Zeitspanne präferieren würden. Dabei kann man annehmen, dass

Mütter vor dem dritten Lebensjahr des Kindes in den Beruf zurückkehren, wenn sie mit qualitativer Kinderbetreuung unterstützt werden.

Alle Maßnahmen einer nachhaltigen Familienpolitik müssen mit eltern- und kindgerechter Infrastruktur unterstützt werden. Dabei spielt eine gute und gut ausgebaute Kinderbetreuung, die in Deutschland in ihren vielfältigen Formen wie Krippen, Betriebskindergärten und Ganztagschulen von vielen Eltern vermisst wird, die tragende Rolle.

### **Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen**

Eine nachhaltige Familienpolitik, d. h. eine Familienpolitik, die gleichermaßen eine Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen wie auch bessere Voraussetzungen für mehr Kinder zum Ziel hat, ist aus ökonomischer Sicht erforderlich, da

- die Bevölkerungsschrumpfung und damit die Verringerung des Erwerbstätigenpotenzials negative Effekte auf das wirtschaftliche Wachstum hat,
- Kinder – als zukünftige Erwerbstätige – positive externe Effekte für die Gesellschaft haben,
- und Armut in Familien – insbesondere bei Alleinerziehenden hauptsächlich

<sup>10</sup> Das hier vorgeschlagene Elterngeld-Modell muss mit weiteren Maßnahmen kombiniert werden. Ein wichtiger Bestandteil ist dabei eine Neuausrichtung in der Quantität und Qualität der Kinderbetreuung kombiniert mit flexibleren Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen und eine familienfreundliche Arbeitsorganisation und Personalpolitik in den Unternehmen.

## [ familienpolitik ist wachstumspolitik ]

lich hervorgerufen durch die Nicht-Erwerbstätigkeit von Müttern – die zukünftigen Chancen von Kindern vermindert und zu negativen externen Effekten führt.

Aufgrund der negativen Auswirkungen einer Bevölkerungsschrumpfung für das wirtschaftliche Wachstum kann nachhaltige Familienpolitik gleichzeitig auch Wachstumspolitik sein. Wachstumspolitische und familienpolitische Zielsetzungen stehen also nicht in einer Konkurrenzbeziehung, sondern ergänzen sich.

Alle Politikmaßnahmen, die zum Ziel haben, die Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung abzufedern, setzen letztlich voraus, dass Menschen geboren werden, die dann aufgezogen und erzogen, ausgebildet und beschäftigt werden. Daher führt kein Weg an einer nachhaltigen Familienpolitik vorbei, die durch eine Erhöhung der Geburtenrate zu einer langfristig stabilen Bevölkerung führen kann und durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen das Erwerbspersonenpotenzial auch kurzfristig erhöht bzw. stabilisiert. ■

### **BERT RÜRUP**

ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU Darmstadt und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

### **SANDRA GRUESCU**

ist Volkswirtin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Volkswirtschaftslehre an der TU Darmstadt.

Der Beitrag erscheint gerade im Buch von Renate Schmidt und Liz Mohn (Hg.): Familie bringt Gewinn. Innovation durch Balance von Familie und Arbeitswelt, Gütersloh 2004.



# Familie? Ja bitte!

WARUM SICH FAMILIENPOLITIK FÜR DIE WIRTSCHAFT LOHNT  
VON **LUDWIG GEORG BRAUN**

**J**a bitte! – so und nur so sollte angesichts der bevorstehenden demografischen Herausforderung in Deutschland die Antwort auf die Frage nach der Familie lauten. Deutschland hat heute weltweit eine der niedrigsten Geburtenrate: Während die Frauen des Geburtsjahrgangs 1940 im Schnitt noch 1,9 Kinder bekamen, sind es beim Jahrgang 1965 voraussichtlich nur noch 1,4. Unter Männern ist der Trend der Kinderlosigkeit noch stärker: In allen Altersgruppen sind Männer häufiger kinderlos als bei Frauen.

Die Gründe für Deutschlands Kinderlosigkeit sind vielfältig. Eine Erklärung mag sein, dass die langen Ausbildungszeiten in Deutschland nicht gerade familienfreundlich ist: Bei einer akademischen Ausbildung muss man davon ausgehen, dass man bis zum 25 oder 26. Lebensjahr in ökonomischer Abhängigkeit lebt. Danach sind weitere fünf Jahre der beruflichen Etablierung erforderlich. Ehe man sich versieht, ist die junge Frau oder der junge Mann Mitte 30, bevor die Entscheidung zur Gründung einer Familie ansteht. Dies ist ein Grund, warum die

Kinderlosigkeit insbesondere unter Akademikerinnen und Akademikern besonders hoch ist: Über 40 Prozent aller Frauen mit Universitätsabschluss bleiben kinderlos.

Ein anderer wichtiger Faktor für Kinderlosigkeit sind die ökonomischen Zukunftsaussichten einer Familie: In den neuen Bundesländern wird ungefähr 40 bis 50 Prozent des Haushaltseinkommens von der Ehefrau oder Lebenspartnerin erwirtschaftet. Würde ein Elternteil die Erwerbstätigkeit zugunsten der Betreuung von Kindern aufgeben, würde das für eine Vielzahl von Haushalten zu erheblichen Einbußen führen.

## **Familie mit Beruf vereinbaren**

Beide Faktoren führen unmittelbar zu der Erkenntnis, dass Kinderlosigkeit in Deutschland nicht zuletzt auf mangelnde Chancen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zurückzuführen ist. Selbst wenn es schwierig ist, demografische Trends umzukehren, sollten wir alles dafür tun, dass Familien in Deutschland wieder eine Zukunft ha-

ben. Denn Kinder sind ein entscheidender Zukunftsfaktor für unsere Gesellschaft und ebenso für unsere Wirtschaft. Deswegen ist wichtig, dass jeder in der Gesellschaft seinen Teil zur Familienfreundlichkeit beiträgt.

### **Conditio sine qua non**

Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern hat Deutschland einen enormen Nachholbedarf, was die Kinderbetreuung insbesondere der unter 3-jährigen angeht. Die Versorgungsquote für bis zu Dreijährige liegt in Westdeutschland in Tageseinrichtungen bei unter 3 Prozent. Das bedeutet, dass 97 von 100 Kindern entweder von den Eltern und/oder Verwandten oder von privatfinanzierten Tagesmüttern betreut werden. Ist die Oma oder der Opa nicht vor Ort verfügbar oder fehlt das Geld für die Finanzierung einer Tagesmutter, bleibt zumindest einem Elternteil nichts anderes übrig, als das Kind selbst zu betreuen. Eine Erwerbstätigkeit scheidet häufig sogar ganz aus.

Ein anderes Problem entsteht, sobald die Kinder in die Schule kommen. Gerade in den ersten Schuljahren fallen Stunden nicht selten aus und das Kind steht unerwartet vorzeitig vor der Tür – unbetreut! Darüber hinaus sind die Schulferien weit länger als die Gesamtheit der den meisten Arbeitnehmern zur Verfügung stehende Urlaubstage. Vor

diesem Hintergrund ist ein Ausbau der Ganztagschulen, der Horte und sonstiger Betreuungsangebote unumgänglich.

Die Bundesregierung versucht zur Zeit, den Ausbau der Kinderbetreuung insbesondere bei den unter 3-jährigen zu unterstützen. Aufgrund der aktuellen Finanzsituation bei Bund und Kommunen ist indes unsicher, ob das Geld hierfür zur Verfügung stehen wird. Dabei sollte angesichts der demografischen Herausforderung, vor der Deutschland steht, das Thema Kinderbetreuung an einer oberen Stelle der Prioritätenliste kommunaler Haushalte stehen. Es muss daher – wo immer möglich – Geld von subventionierten anderen Bereichen kommunaler Aktivitäten umgelenkt werden.

### **Kita zahlt sich aus**

Denn ein flexibles und ausreichendes Kinderbetreuungsangebot zahlt sich für Kommunen und Städte aus: Nicht nur mit Blick auf die Attrahierung von Fachkräften aus dem In- und Ausland, sondern für die gesamte betriebliche Personalpolitik spielen für die Unternehmen bei ihrer regionalen Standortwahl auch zunehmend familienfreundliche Rahmenbedingungen einer Region und insbesondere das örtliche Kinderbetreuungsangebot eine wichtige Rolle, weil sie hierdurch ihre Arbeitskräfte an das Unternehmen und an die Region binden können. Kinderbetreuung ist



damit ein Faktor im regionalen Standortwettbewerb.

Aber auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive bringt der Ausbau der Kinderbetreuung Gewinn: Nach einem Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wünschen sich rund 70 Prozent aller Mütter mit Kindern bis zu 12 Jahren einen Einstieg bzw. Wiedereinstieg ins Berufsleben.

## Neue Unternehmerverantwortung

Wenn alle Mütter ihren Erwerbswunsch in die Tat umsetzen könnten, ergäben sich rechnerisch steuerliche Mehreinnahmen von bis zu 6 Milliarden € jährlich. Kommunen würden bei den Sozialhilfeausgaben um bis zu 1,5 Milliarden € entlastet. Zusätzlich erreicht man Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung bzw. erhält man zusätzliches Steueraufkommen, wenn im Bereich der Tagespflege zusätzlich Beschäftigung entsteht.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Vermögen eines Unternehmens und Grundlage für den betriebswirtschaftlichen Erfolg. Dieses Humanvermögen der Mitarbeiter verändert sich jedoch permanent. Ist ein Mitarbeiter zufrieden mit den Bedingungen an seinem Arbeitsplatz, hat er eine höhere Motivation, er ist weniger krank und er ist stärker bereit, sich neues Wissen für seine Arbeit anzueignen. Die Unternehmensführung kann einiges dazu beitragen, dass die Beschäftigten gerne im

Betrieb arbeiten und sich für die Unternehmensziele einsetzen. Keiner hat etwas davon, wenn Mitarbeiter morgens drohendes Unheil erwartend zur Arbeit kommen. Eine bedarfsnahe und an den individuellen Fähigkeiten orientierte Qualifizierung der Mitarbeiter, flache Hierarchien und schnelle Kommunikationswege sind das eine; gegenseitiger Respekt und Toleranz für kulturelle, religiöse und familiäre Unterschiede sind aber nicht minder wichtig.

Das Verständnis für die Doppelanforderungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit familiären Verpflichtungen tagtäglich zu erfüllen haben, ist dabei ein wesentlicher Bestandteil einer familienfreundlichen Unternehmenskultur, ohne die jede Maßnahme zur Förderung der Vereinbarkeit beider Bereiche in der Wirkung schwach bleiben muss. Es ist also nicht zielführend, wenn auf der einen Seite flexible Arbeitszeiten vereinbart werden, gleichzeitig aber Abteilungsleiter Besprechungen grundsätzlich immer nachmittags terminieren.

## Heute Trendsetter ...

Immer mehr Unternehmen sind indes familienfreundlich – auch ohne gesetzliche Zwangsmaßnahmen. Und aus Unternehmensperspektive wird eine familienorientierte Personalpolitik in Zukunft noch wichtiger: Die demografische Entwicklung führt zu weniger Erwerbstätigen.

Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes wird sich die Bevölkerung im Alter von 20 bis 59 von heute etwa 55 Millionen Menschen auf etwa 47 Millionen im Jahr 2050 verringern – und das selbst unter der Annahme einer jährlichen Nettozuwanderung von rund 200.000 Menschen. Nicht alle 55 Millionen Menschen sind heute auch erwerbstätig. Die Erwerbsquote (Anteil der Erwerbstätigen bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) liegt vielmehr zur Zeit in Deutschland bei etwa 65 Prozent; Bei den Männern mit knapp 72 Prozent höher als bei den Frauen mit 59 Prozent.

### ... morgen Gewinner

Selbst wenn diese Erwerbsquoten erheblich anstiegen: Der Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwischen den Betrieben wird stärker werden. Unternehmen, die heute Trendsetter in familienorientierter Personalpolitik sind, werden morgen Gewinner im Wettstreit um qualifizierte Fachkräfte sein.

Welche Möglichkeiten hat ein Unternehmen, um seinen Beschäftigten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern? Hier gibt es nicht die eine perfekte Lösung. Jedes Unternehmen ist in einer spezifischen Situation, mit der es umzugehen gilt. Es gibt Branchenunterschiede, die Einfluss auf die Art der Personalpolitik haben: Ein

Textilunternehmen mit einem relativ hohen Frauenanteil wird auf andere Weise familienorientiert sein als ein Unternehmen aus dem Baugewerbe.

### Passgenaue Personalpolitik

Ebenso hat die Größe eines Unternehmens Auswirkungen auf die Ausgestaltung einer familienorientierten Personalpolitik. Das heißt nicht, dass kleine Unternehmen weniger familienfreundlich sind als große Unternehmen. Im Gegenteil: Eine überschaubare Betriebsgröße und damit Nähe zwischen Unternehmensleitung und Beschäftigten ermöglicht häufig eher kreative individuell zugeschnittene Einzellösungen.

Häufig hört man die Forderung, Unternehmen sollten sich in der Kinderbetreuung engagieren – gerade mit Blick auf das geringe Betreuungsangebot in Westdeutschland für die unter 3-jährigen und die über 6-jährigen. Ein Betriebskindergarten ist jedoch für die meisten kleinen und mittleren Unternehmen nicht zu schultern, sowohl finanziell als auch aufgrund bürokratischer Hemmnisse wie z.B. Vorschriften, in welcher Höhe die Waschbecken in den Toiletten anzubringen sind. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, dass Mitarbeiterkinder in der Hauptsache mit anderen Mitarbeiterkindern aufwachsen. Eine Fokussierung der Debatte auf Betriebskindergärten lenkt leicht von den vielfältigen

anderen Möglichkeiten einer familienorientierten Personalpolitik ab.

So kann ein Unternehmen zum Beispiel Mitarbeitern einen Zuschuss zur Kinderbetreuung gewähren. Ist auch das aus finanziellen Gründen nicht möglich, so würde schon eine Unterstützung bei der Suche nach einer Notfallbetreuung für Mitarbeiter mit Familienaufgaben eine Entlastung bringen. Der Kontakt zu einem Familienservice oder einem Tagesmutterverband kann schnell und unbürokratisch Probleme lösen.

## Viele Wege führen zum Ziel

Eine andere Alternative kann die Unterstützung von Elterninitiativen sein: Wenn die Betreuungssituation in der näheren Umgebung des Unternehmens nicht der Nachfrage entspricht, schließen sich auch Eltern häufig zu einem Verein zusammen, um die Trägerschaft für eine Betreuungseinrichtung zu übernehmen. Solches privates Engagement kann ein Unternehmen unterstützen, indem es Geldmittel oder Räumlichkeiten zur Verfügung stellt.

Die Kosten gelten als Betriebsausgaben und sind steuerlich absetzbar. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Eltern können nach eigenen Vorstellungen pädagogische Konzepte umsetzen und fühlen sich dem Arbeitgeber mehr verbunden. Gleichzeitig setzt das Unternehmen öffentlichkeitswirksam ein Zeichen in der Verantwortung eines

„corporate citizen“. Grundsätzlich ist in Sachen Kinderbetreuung jedes kleine oder mittlere Unternehmen gut beraten, sich mit anderen Unternehmen in der Region zu Netzwerken zusammenzuschließen. Um mögliche Partner in der Region zu finden, sind Industrie- und Handelskammern geeignete Ansprechpartner.

Ein anderes Beispiel für eine einfache familienorientierte Initiative mit wenig Aufwand und guter Wirkung ist die Nutzung der Betriebskantine. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann es zu Stress führen, täglich ihren Kindern ein nahrhaftes und abwechslungsreiches Mittagessen oder Abendessen auf den Tisch zu stellen. Planen, einkaufen, nach Hause fahren, kochen – das kostet Zeit. Die Lösung ist einfach: Je nach Bedarf kann das Essen für den Feierabend in der Betriebskantine bestellt und abgeholt werden.

## Kinder in der Kantine

Oder die Kinder werden zum Essen in die Kantine mitgenommen. Die Kosten können entweder von den Eltern allein getragen oder vom Unternehmen bezuschusst werden. Die Beschäftigten gehen entspannter in die Mittagspause oder in den Feierabend und können sich auch zum Ende ihrer Arbeitszeit konzentriert ihren Aufgaben widmen.

Die Palette an Möglichkeiten ist bunt. Insbesondere für kleine und mitt-

lere Unternehmen hat der Deutsche Industrie- und Handelskammerstag (DIHK) gemeinsam mit dem Familienministerium ein *Checkheft familienorientierte Personalpolitik* geschrieben. Hier werden zahlreiche Ansätze vorgestellt, die einen geringen finanziellen und personellen Aufwand und dennoch große Wirkung haben. Zudem finden sich Ansprechpartner, Links im Internet, Literaturhinweise und beispielhafte kleine und mittlere Unternehmen.

### **Familienfreundlichkeit lohnt sich**

Diese intuitive Erkenntnis ist innerhalb der Unternehmerschaft nicht neu. Doch wie hoch die Kosten und der betriebliche Nutzen konkret sind, darüber besteht häufig eine eher vage Vermutung.

Zunächst einmal zu den Kosten. Erstes Beispiel *Fluktuationskosten*: Grundsätzlich entstehen aus betriebswirtschaftlich nüchterner Sicht dem Unternehmen dadurch Kosten, dass Beschäftigte in eine Phase der Elternzeit gehen. Für diese Zeit muss neues Personal gesucht und ausgewählt werden. Diese Suche bedeutet für das Unternehmen Aufwand. Je höher und spezifischer qualifiziert die Mitarbeiter waren, desto länger kann die Suche nach einem Ersatz dauern. Die Stelle verliert für die Bewerber an Attraktivität, wenn sie befristet ist. Bleibt eine Stelle zeitweilig unbesetzt, verursacht sie meist eine Störung in den

Unternehmensabläufen. Ist mit der Stelle sogar ein persönlicher Kontakt zu einem Kundenstamm verbunden, kann eine längere Vakanz zu erheblichen Einbußen für das Unternehmen führen. Natürlich sind hier nur Schätzungen möglich, zumal die Kosten der Suche und Auswahl von Personal von der Entwicklung des Arbeitsmarktes und den zur Verfügung stehenden Bewerbern abhängig sind. Wird schließlich ein neuer Mitarbeiter eingestellt und muss dieser wegen des neuen Arbeitsplatzes seinen Wohnsitz an den neuen Arbeitsort verlagern, gibt es viele Unternehmen, die den Umzug finanziell unterstützen. Es folgt eine Qualifizierungsphase, in der der neue Mitarbeiter anfangs weniger Leistung bringt und der Kollege, der ihn einarbeitet, ebenfalls nur eingeschränkt seine anderen Tätigkeiten ausüben kann.

### **Mütter schnell zurückgewinnen**

Zweites Beispiel *Wiedereinstiegskosten*: Nimmt beispielsweise eine Mitarbeiterin ihre Tätigkeit nach der Elternzeit im Unternehmen wieder auf, ist dies aus Sicht des Unternehmens sehr positiv. Denn je nach Betriebszugehörigkeit sind hohe Erfahrungswerte über unternehmensinterne und -externe Prozesse vorhanden. Dennoch: In einer dynamischen Welt, verändern sich die Anforderungen an das Wissen der Beschäftigten sehr schnell. In jedem

Fall muss deshalb am Anfang des Wiedereinstiegs eine neuerliche Einarbeitungsphase stehen.

## Mehr Rücksichtnahme

Diese ist um so länger und intensiver, je länger die Elternzeit gedauert hat. Schätzungen gehen davon aus, dass der Wiedereinstieg nach einer 3-jährigen Elternzeit immerhin 75 Prozent der Kosten einer Neueinstellung verursacht. Im Vergleich: Nach 6 Monaten sind es nur 15 Prozent. Die Unternehmen haben also ein hohes Interesse daran, die Mitarbeiterin erstens überhaupt und zweitens sobald wie möglich zurückzugewinnen.

Drittes Beispiel: *Kosten für Fehlzeiten*. Nach einer zweijährigen Elternzeit kehrt eine Mitarbeiterin wieder an ihren Arbeitsplatz zurück. Ihr Kind ist tagsüber in einer Kindertagesstätte betreut. Wird es allerdings krank, muss die Mutter oder der Vater zuhause bleiben, wenn keine Notfallbetreuung zu organisieren ist. Und darüber hinaus: Wird die Doppelbelastung für Mitarbeiter mit Familienaufgaben zu groß, steigt erfahrungsgemäß auch die eigene Krankheitsanfälligkeit. In jedem Fall gilt: Je familienorientierter die Personalpolitik, desto mehr lassen sich auch diese Kosten senken.

All diese Kosten lassen sich zum Teil erheblich über familienfreundliche Maßnahmen reduzieren. Eines der ef-

ektivsten Mittel, mit dem eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreicht werden kann, sind flexible Arbeitszeitmodelle. Nach einer repräsentativen Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft bietet drei Viertel aller Unternehmen die unterschiedlichsten Arbeitszeitmodelle an. Das Angebot reicht von der Möglichkeit kurzfristiger Arbeitsunterbrechungen über diverse Teilzeitangebote, Urlaubsabsprachen unter Rücksichtnahme von Familienbelangen bis hin zum Jobsharing.

## Neue Arbeitszeitmodelle

Wichtig ist, dass alle Beschäftigten die Arbeitszeitmodelle mittragen können, unabhängig ob mit Familie oder ohne. Vollzeitkräfte ohne Familienanhang könnten beispielsweise ihre Überstunden ansparen und in Zeiten mit weniger Aufträgen etwas länger auf Reisen gehen. Nur so funktionieren Spielregeln in Verbindung mit gegenseitiger Rücksichtnahme. Zum Beispiel während der Sommerferien: Die eine Mitarbeiterin möchte mit ihren Kindern verreisen, während eine andere besonders viel Zeit zum arbeiten hat, weil ihr Kind für 3 Wochen zur Großmutter fährt.

Familienfreundlichkeit hat viele Dimensionen. Nicht nur im Unternehmen. Sie beginnt in der unmittelbaren Nachbarschaft, erstreckt sich über die Regionen in unser Land. Das

[ ludwig georg braun ]

bedeutet aber: Familienfreundlichkeit kann überall beginnen und jeder ist aufgerufen, sich – im möglichen Rahmen – kreativ für die Familienfreund-

lichkeit einzusetzen und dabei auch mal über den Tellerrand des vertrauten eigenen Umfeldes hinauszusehen. ■

**LUDWIG GEORG BRAUN**

ist Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages  
und Vorstandsvorsitzender der B. Braun Melsungen AG.

# Kinder im Mittelpunkt

NEUVOLA ALS MODELL DES  
AKTIVIERENDEN SOZIALSTAATES IN FINNLAND  
VON **SEBASTIAN SASS**

**Z**u Beginn eines Artikels zum Thema „Neuvola“ sollte man in der Lage sein, dieses finnische Fremdwort zu übersetzen. Da eine direkte Übersetzung aber nicht möglich ist, wird man sich ans Wörterbuch halten müssen, das die Begriffe „Mütterberatungsstelle“ und „Kinderberatungsstelle“ vorschlägt. Diese Terminologie ist zwar einigermaßen zutreffend, verengt die Bedeutung aber etwas. Das Neuvola-System ist eine sehr umfassende, unentgeltliche staatliche Betreuungseinrichtung für werdende Mütter und Väter („Mütterberatungsstelle“) sowie junge Familien („Kinderberatungsstelle“).

Während der Schwangerschaft werden die werdenden Mütter von Gesundheitspflegerinnen der Mütterberatungsstelle regelmäßig untersucht und in allen Fragen der Schwangerschaft beraten. Im Lauf der Schwangerschaft sieht das Neuvola-System zusätzlich drei ärztliche Untersuchungen sowie eine

Ultraschalluntersuchung vor. Schwangerschaftsgymnastik und Geburtstraining gehören ebenfalls dazu. Je nach Angebot der örtlichen Neuvolas werden verschiedene Kurse für Mütter und/oder Väter, Seminare, Themenabende, Gruppenaktivitäten, Hausbesuche sowie Telefonberatung durchgeführt.

## **Schwangerschaftsberatung steht am Beginn**

Das primäre Ziel ist natürlich, die Gesundheit von Mutter und Kind zu fördern sowie eventuelle Komplikationen möglichst früh festzustellen. Bei Bedarf werden die Mütter zur weiteren Behandlungen an Fachärzte überwiesen.

Werdende Mütter sind gehalten, sich möglichst bald in der Neuvola-Beratungsstelle ihres Wohnbezirks zur ersten Untersuchung durch eine Gesundheitspflegerin einzufinden. Es sei hier gestattet, ausschließlich von weiblichen Gesundheitspflegerinnen zu

sprechen, da dieser Berufsstand im Neuvola tatsächlich so gut wie ausschließlich durch Frauen vertreten ist.

## „Starter-Kit“ für Jungfamilien

Ein besonderer Anreiz zur frühzeitigen Anmeldung im Neuvola ist rein materieller Art: Die Anmeldung vor Ablauf des vierten Schwangerschaftsmonats ist Voraussetzung dafür, dass die werdende Mutter das so genannte Muttergeld beziehen kann. Diese finanzielle Zuwendung wird Schwangeren nach dem 154. Tag der Schwangerschaft gewährt und richtet sich nach der Höhe des steuerpflichtigen Einkommens.

Bei rechtzeitiger Anmeldung bekommt man vom Neuvola außerdem eine Art „Starter-Kit“ für werdende Mütter, eine weltweit fast einzigartige staatliche Sachzuwendung: neben Kleidung und Babyzubehör erhalten Mütter verschiedene Informationsunterlagen zum Thema Stillen, Babyernährung und Partnerschaft – in einer speziellen Kiste, die für die ersten Monate nach der Geburt des Kindes als Babybett gedacht ist.

Die standardisierte Zusammensetzung dieser so genannten „Mutterpackung“ wird jährlich aktualisiert, wobei die Wünsche von Eltern Berücksichtigung finden. Inzwischen ist die Wolldecke durch eine Daunendecke ersetzt

worden, seit 2001 sind Babyfäustlinge enthalten und die Zahl verschiedener Baby-Overalls ist auf vier bis fünf gesteigert worden. Der Inhalt des neuesten Modells, die Mutterpackung 2004, kann auf den Internetseiten der finnischen Volksversicherungsanstalt online eingesehen werden<sup>1</sup>.

Die Mutterpackung ist eine Innovation aus dem Jahr 1937, die damals noch ermessensabhängig gewährt wurde. Seit 1949 ist sie für alle werdenden Mütter ab dem 154. Schwangerschaftstag erhältlich.

## „Noch nie so eine gute Gegenleistung“

Die verschiedenen Zuwendungen dienen natürlich nicht nur dazu, werdende Eltern materiell zu unterstützen. Die Kopplung mit dem Gang zum Neuvola ist ein zusätzlicher Anreiz, die elterliche Verantwortung ernst zu nehmen. Um die unentgeltlichen Zuwendungen zu erhalten, muss man eben etwas dafür tun – regelmäßige Untersuchungen, Beratungsgespräche und so weiter. Kaum eine Jungfamilie lässt sich diesen Deal entgehen. Schwangere bestätigen immer wieder, dass sie noch nie das Gefühl gehabt hätten, eine so gute Gegenleistung für ihre Steuern erhalten zu haben.

Vielfach hört man allerdings, dass die Betreuung im Neuvola „übersensi-

<sup>1</sup> <http://193.209.217.5/in/internet/suomi/suomi.nsf/WebPrintView/37096B9D36749070C2256BB50046C859>.



bel“ sei: alle möglichen intimen Details würden im Beratungsgespräch aufgegriffen, zu jeder Kleinigkeit gäbe es einen guten Rat und viele werdende Mütter hätten das Gefühl, gegen ihren Willen in Watte gepackt zu werden. Dennoch – auf die Teilnahme im Neuvola-System verzichtet kaum jemand. Es ist ein freiwilliges System mit einer Teilnehmerquote von fast 100 Prozent.

### **Vorbeugung durch Unterstützung und Aufklärung**

Wie auch immer, der eigentliche Wert des Systems zeigt sich spätestens dann, wenn Komplikationen frühzeitig festgestellt und behandelt werden können. Zugleich lässt sich davon ausgehen, dass eine regelmäßige Kontrolle das Verantwortungsbewusstsein der Eltern steigert und die Entwicklung des Kindes fördert: so lassen sich zum Beispiel Rauchen, Alkohol- oder Drogenmissbrauch unter diesen Bedingungen nur schwer geheim halten.

Eine eigentliche Verhaltenskontrolle findet durch das Neuvola-System natürlich nicht statt. Bei schädigendem Verhalten der vorgenannten Art wird zunächst nicht mit Konsequenzen gedroht. Das System ist vielmehr auf Vorbeugung durch Aufklärung und Unterstützung ausgerichtet, um derartige Probleme von vornherein zu vermeiden – und zielt immer auf eine en-

ge Kooperation zwischen Eltern und Beratungsstelle. Der Erfolg scheint dieser Methode Recht zu geben.

Neuvola funktioniert auch als so genannte Kinderberatungsstelle. Hier werden Entwicklung und Gesundheit des Kindes vom Babyalter bis zum Schuleintritt beobachtet sowie für die Einhaltung des Impfprogramms gesorgt. Eltern werden in Erziehungsangelegenheiten individuell beraten, erhalten Unterstützung und Ermutigung. Die Gespräche und Untersuchungen in der Kinderberatungsstelle zwischen Kinderpflegerin, Eltern und Kindern finden in den ersten Monaten und Jahren in sehr kurzem Abstand statt, später dann ein bis zwei Mal im Jahr. Nach dem Schuleintritt des Kindes werden die Daten von der Kinderpflegerin an den Schulpsychologen weitergeleitet. Auf diese Weise ist eine fast lückenlose Betreuung und Beratung von Eltern und Kindern gewährleistet.

### **Beratungsstelle für Eltern und Kinder**

Bei Bedarf werden die Kinder zur fachärztlichen Behandlung überwiesen. Psychologen, Sprachtherapeuten und Physiotherapeuten stehen ebenfalls zur Verfügung. Die individuellen familiären Umstände des Kindes sollen jeweils Berücksichtigung finden.

Bei Schuleintritt übernehmen wiederum Schulärzte, -gesundheitspfleger

und -psychologen die weitere Begleitung des Kindes. Diese Betreuungskette bezweckt zu verhindern, dass einzelne Kinder aus der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung herausfallen und zurückgelassen werden.

### **Aktivierender Sozialstaat fordert und fördert**

Es geht um mehr als um die Unterstützung Einzelner. Eine der Grunderkenntnisse, die dem finnischen Sozialstaat und Wohlfahrtssystem zugrunde liegen, ist der Umstand, dass es sich ein so kleines Volk von gut 5 Millionen Menschen an der Peripherie der Europäischen Union einfach nicht leisten kann, Humankapital zu verschwenden. Die Gesellschaft muss bemüht sein, das Schaffenspotenzial ihrer Bürger möglichst umfassend auszuschöpfen. Dafür muss der Staat aber zunächst die entsprechende Grundlage schaffen – gerade durch Schule, Ausbildung, Kinder- und Jugendbetreuung.

Das Neuvola-System ist eine der Einrichtungen, die Heranwachsenden einen möglichst gelungenen Einstieg in die Gesellschaft ermöglichen sollen. Daran muss sich unbedingt eine gute Schulausbildung anschließen, damit die früh geschaffene Grundlage optimal genutzt wird.

Ganztagsschulen mit Schulspeisung sind in Finnland die Regel. Das ermöglicht es beiden Elternteilen, ihrem Be-

ruf nachzugehen. Angesichts steigender Scheidungsraten und der Veränderung des durchschnittlichen Familienbilds können staatliche Sozialleistungen nicht mehr ausschließlich auf einem Familienmodell aufbauen, das keineswegs mehr die gesellschaftliche Norm darstellt.

Wenn beide Elternteile arbeiten können, steigt nicht nur das Einkommen der Familie und das Steueraufkommen des Staates. Im Scheidungsfall sind Alleinerziehende finanziell am besten durch einen eigenen Arbeitsplatz mit angemessenem Einkommen abgesichert. Damit Alleinerziehende aber finanziell auf eigenen Beinen stehen können und nicht von staatlichen Finanztransfers abhängig sind, muss die Gesellschaft entsprechende Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stellen.

### **Ohne Neuvola kein Erfolg bei Pisa**

Eben diese Förderung der Selbstständigkeit durch aktivierende Leistungen soll die Zielrichtung des Sozialstaats sein. Gerade der Nachwuchs einer Gesellschaft ist eine Investition in die eigene Zukunft. Das Neuvola-System ist ein wesentlicher Teil auf diesem Weg.

Neuvola wirkt auch über die frühkindliche Phase hinaus. Vielerorts wird darauf hingewiesen, dass das Neuvola-System zu den wichtigsten Gründe für das gute Abschneiden Finnlands bei der

PISA-Studie und anderen Schulleistungsvergleichen gehöre. Fest steht, dass die Einschulfähigkeiten der finnischen Kinder im Vergleich zu anderen Staaten relativ hoch sind – Neuvola trägt dazu zweifellos bei.

## **Mehr Chancen und Gerechtigkeit**

Eigentlich erscheint es ja durchaus überzeugend, dass sich die frühe Investition in den Nachwuchs und in seine Eltern schon in der Schule auszahlt. Wissenschaftliche Erhebungen zu dieser Verbindung liegen noch nicht vor. Unbestreitbar ist jedenfalls, dass die umfassende, unentgeltliche und gleichberechtigte Betreuung den Kindern einen guten Start in unsere Welt ermöglicht und ihren Eltern einige Sorgen abnimmt. Eine gelungene Integration des Nachwuchses beugt Fehl-

entwicklungen vor, die der Gesellschaft schon rein finanziell teuer zu stehen kommen können.

In einer Welt, in der das persönliche Vorankommen vor allem auf den eigenen Fähigkeiten und Leistungen der Menschen aufbaut, muss die Gesellschaft alles dafür tun, dass sich die Menschen die entsprechenden Fähigkeiten aneignen können. Diese Chancengleichheit darf eben nicht vom persönlichen Wohlstand abhängig sein, sondern muss gleichberechtigt zur Verfügung stehen. Alles andere wäre nicht nur sozial ungerecht, sondern auch eine volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigende Verschwendung von Humankapital. So etwas können sich auch viel größere Staaten als Finnland nicht erlauben. Das Neuvola-System ist ein früher Baustein im Leben eines Kindes, auf den noch viele folgen müssen. ■

**SEBASTIAN SASS**

ist parlamentarischer Berater der Sozialdemokratischen Fraktion im Finnischen Parlament in Helsinki.



# Familie beginnt vor Ort

FAMILIENFREUNDLICHER UMBAU VON KOMMUNEN:  
NOTWENDIGKEIT – NUTZEN – PATENTREZEPTE?  
VON **HEIKE LIPINSKI**

**E**s gibt viele Themen, die Kommunen in Zeiten knapper Kassen, demografischen Wandels und des Umbaus von Sozialsystemen beschäftigen. Warum sollte gerade die Familienfreundlichkeit mit an erster Stelle stehen?

Der folgende Artikel geht den Fragen nach, warum das Thema Familienfreundlichkeit für Kommunen zunehmend im Mittelpunkt steht, welchen Nutzen sie sich erwarten können und wie der Weg zu mehr Familienfreundlichkeit aussehen kann.

## Warum familienfreundlich?

Familienfreundlichkeit ist immer wieder ein Thema der Kommunalpolitik, oft ein weites Feld guter Absichten – insbesondere zu Wahlkampfzeiten. Aber durch den demografischen Wandel hat sich die gute Absicht in schlichte Notwendigkeit gewandelt. Die Deutschen bekommen zu wenig Kinder. Eine Kinderzahl von 1,37 Kin-

dern pro Frau ist nicht bestandserhaltend, die Deutschen liegen mit diesem Wert am Ende der europäischen Skala, die deutsche Bevölkerung schrumpft. Will man hier gegensteuern, junge Paare motivieren (mehr) Kinder zu bekommen, müssen attraktive Optionen der Lebensgestaltung für Familien geschaffen werden. Neben der Vereinbarkeit von Familien und Berufstätigkeit sind gute Lebensbedingungen direkt vor der Haustür, das heißt eine familienfreundliche Stadt oder Gemeinde, ein wichtiger Faktor.

Der demografische Wandel zeigt erste Auswirkungen, die auch die Kommunen zu spüren bekommen. Ein Teil der Kommunen muss sich bereits mit schrumpfenden Einwohnerzahlen und einer alternden Bevölkerung auseinandersetzen. Eine Stadt wie Essen hat in den letzten zehn Jahren mehr als fünf Prozent ihrer Einwohner verloren. Auch wenn es noch Kommunen gibt, die positive Zu-

wachsraten haben, werden sich doch wohl die allermeisten mit einer Abnahme ihrer Wohnbevölkerung arrangieren müssen und überlegen, welche Strategie des Umgangs mit dieser Tatsache sie entwickeln können. Besonders familienfreundlich zu sein, ist eine nachhaltige Entwicklungsstrategie, der Überalterung der Wohnbevölkerung entgegenzuwirken. Sie trägt dazu bei, junge Familien am Ort zu halten, bzw. sich potentiellen Neubürgern als attraktives Lebensumfeld anzubieten.

## **Kosten und Nutzen**

In Zeiten knapper Kassen müssen Kommunen genau überlegen, wo sie investieren und wie es sich auszahlt. Die familienfreundliche Ausgestaltung einer Kommune verursacht Kosten. Diese müssen nicht immer hoch sein. Manchmal reichen die Einnahme einer familienfreundlichen Perspektive oder kleine Veränderungen, wie die Anpassung von Öffnungszeiten in der Verwaltung, um Familien das Leben zu erleichtern. Auch bürgerschaftliches Engagement kann zur Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen motiviert werden. Trotzdem bleiben in der Regel Kosten und jede Kommune muss sich fragen, ob sie dieses Geld investieren möchte und ob es sich für sie auszahlt.

Für Unternehmen ist anhand von Studien und Modellrechnungen längst belegt, dass sich Familienfreundlichkeit in vieler Hinsicht rechnet und sich auch monetär auszahlt. Solche konkreten Berechnungen stehen für Kommunen noch aus. Lediglich für den Ausbau von Kindertageseinrichtungen hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Brutto-Einnahmefekte öffentlicher Haushalte und Sozialversicherungsträger abgeschätzt.<sup>1</sup> Es kann davon ausgegangen werden, dass die Vorteile von Familienfreundlichkeit die dafür notwendigen Investitionen überwiegen. Die folgenden Argumente belegen dies.

## **Bevölkerungsstruktur beeinflusst**

Junge Familien suchen sich häufig die für sie attraktivste Stadt oder Gemeinde zum Leben aus. Ein Kriterium ihrer Auswahl ist, wie sie die Möglichkeit einschätzen, in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld die Bedürfnisse ihres Familienlebens gut umsetzen zu können. Gibt es günstiges Bauland, um sich den Traum von Haus realisieren zu können, gibt es ein flexibles Kinderbetreuungsangebot, das eine Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit ermöglicht, ist der ÖPNV so ausgelegt, dass man auch ohne Auto überall hinkommt?

<sup>1</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), Abschätzung der Brutto-Einnahmefekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2002

Sie schauen genau, welches Serviceangebot für sie bereitsteht. Mit einer breiten Palette familienfreundlicher Maßnahmen oder noch besser einem familienfreundlichen Gesamtkonzept empfehlen sich Kommunen jungen Familien, hier ihren Wohnort zu wählen bzw. beizubehalten. Familienfreundliche Kommunen haben eher die Chance auf eine überdurchschnittlich junge Bevölkerungsstruktur.

### **Familienfreundlichkeit spart Geld**

Ein Ziel von familienfreundlichen Maßnahmen ist es, die Stabilität von Familien zu fördern und Eltern zu mehr Erziehungskompetenz zu verhelfen. Damit wirkt Familienfreundlichkeit im Idealfall präventiv gegenüber einer Reihe von sozialen Problematiken. Prävention spart Geld gegenüber später notwendigen Interventionen.

Familienbildung und Sprachförderung im Kindergarten sind günstiger als Maßnahmen der Jugendhilfe, wenn ein Jugendlicher auffällig geworden ist. Aktive Jugendarbeit kostet weniger, als immer wieder Schäden durch Vandalismus beseitigen zu müssen. Eine Kommune, die in Familienfreundlichkeit investiert, kann mit Einsparungen bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität rechnen, Kommune und Landkreis benötigen weniger Geld für Maßnahmen der Jugendhilfe und Hilfen zur Erziehung. Mit weniger Ausgaben in

der Sozialhilfe ist ebenfalls zu rechnen, weil z.B. Alleinerziehende durch ein funktionierendes Kinderbetreuungssystem die Möglichkeit haben, einer Berufstätigkeit nachzugehen.

Eine den Bedürfnissen von Familien angepasste kommunale Kinderbetreuung ermöglicht es beiden Elternteilen einer Familie, erwerbstätig zu sein, entweder weil sie das möchten oder aus finanziellen Gründen müssen. Diese Familien erzielen ein höheres Einkommen, das sie zu mehr Konsum befähigt. Ein Teil dieses Geldes wird wieder vor Ort ausgegeben, das heißt, örtliche Geschäftsleute, Dienstleister und Handwerker profitieren. Ein zweites Einkommen macht es für viele Familien auch erst möglich, sich ihren Traum vom eigenen Haus zu verwirklichen. Auch hier fließen wieder Gelder in die kommunale Wirtschaft zurück.

### **Standortvorteile nutzen**

Firmen haben erkannt, dass ihre Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen konzentrierter und leistungsfähiger sind, wenn sie nicht durch Schwierigkeiten im privaten Bereich abgelenkt sind. Probleme im Familienleben, Schulschwierigkeiten des Kindes, eine ungeklärte Kinderbetreuung beeinträchtigen die Arbeitsleistung. Familienfreundlichkeit in einer Kommune wird daher von Unternehmen zunehmend als ein bedeutender Standortfaktor

tor gesehen. Firmen siedeln zunehmend dort an, wo sie ein unterstützendes Umfeld für ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als gegeben ansehen.

## Netzwerke schaffen

Hier kommt noch ein zweiter Aspekt hinzu. Unternehmen suchen junge Fachkräfte und wählen bevorzugt Standorte, die ihnen ein entsprechendes Bevölkerungsprofil bieten können. Junge Fachkräfte werden zukünftig Mangelware sein, am ehesten werden Unternehmen sie in Kommunen mit einer überdurchschnittlich jungen Bevölkerung finden.

Familienfreundlichkeit hat soziale Bindekraft, trägt zur Kommunikation in einer Kommune bei und schafft Netzwerke. Familienfreundliche Maßnahmen wie Mehrgenerationenhäuser, Kinderbetreuung durch Seniorinnen und Senioren oder gemeinsame Leszeiten sorgen für Verbindungen zwischen Jung und Alt und führen die Generationen zusammen. Auch die Integration von Migrantenfamilien wird durch Familienfreundlichkeit gefördert. Patenschaften für Sprachkurse und Aktivitäten für Familien aller Nationalitäten in Familienzentren schaffen mehr Miteinander.

Innerfamiliäre Netze werden durch familienfreundliche Maßnahmen gestärkt. Hilfe- und Transferleistungen innerhalb der Familie entlasten die

Kommune, die dann entsprechende Angebote nicht selbst vorhalten muss.

Familienfreundlichkeit mobilisiert auch in besonderem Maße bürgerschaftliches Engagement. Für Familie setzen sich Menschen gerne ein und sind bereit, in diesem Bereich ihr Gemeinwesen aktiv mit zu gestalten. Familienfreundlichkeit bewegt Bürger und Bürgerinnen, setzt Kreativität und Innovationen frei und trägt somit zur Erneuerung der Kommune selbst bei. Familienfreundlichkeit bezieht nicht nur Familien ein, sondern schafft Lebensqualität für weite Teile der Bevölkerung.

## Welche Familienfreundlichkeit?

All diese Argumente zeigen, dass Familienfreundlichkeit für Kommunen großen Nutzen bringt und zwar sowohl in der Stärkung eines gelingenden Gemeinwesens wie auch finanziell. Familienfreundlichkeit ist eine Investition, die sich für Städte und Gemeinden auszahlt.

Ziel von Familienfreundlichkeit ist, Familien in ihrem Familienleben zu fördern. Familienfreundliche Maßnahmen sollen Familien das Leben erleichtern, Probleme aus dem Weg schaffen, notwendige Unterstützung bieten. Die ist insbesondere da nötig, wo Familien strukturellen Rücksichtslosigkeiten (zum Beispiel Anforderungen der Arbeitswelt) oder problematische Rah-



menbedingungen (beispielsweise schlechte Wohnsituation) ausgesetzt sind. Zunehmend wichtiger wird auch Ersatz für fehlende Netze zum Beispiel in der Kinderbetreuung, die früher durch weitere vor Ort lebende Familienangehörige gegeben waren. Familienfreundliche Maßnahmen sollen es Familien ermöglichen, ein möglichst gelingendes und stabiles Familienleben zu führen und denjenigen, die (noch) keine Kinder haben, die Entscheidung für ein Leben mit Kindern erleichtern.

## Unterschiedliche Vorstellungen

Die Konkretion familienfreundlicher Ziele ist in vielfältiger Weise denkbar. Das kann monetär sein, durch Vergünstigungen oder besonders preiswerten Wohnraum, das kann Begleitung in Problemlagen sein, durch Familienbildung oder Beratungsangebote, das kann ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit durch ein besonders flexibles Kinderbetreuungsangebot sein oder besonders gute Beteiligungsmöglichkeiten für Familien am kommunalpolitischen Geschehen. Man kann eine Reihe von sinnvollen familienfreundlichen Maßnahmen benennen, aber nicht die verbindlichen familienfreundlichen Rahmenbedingungen festlegen. Das liegt an den heterogenen Kontextbedingungen in den Kommunen, aber vor allem auch an unterschiedlichen Ansprüchen der Familien selbst.

■ *Familienmitglieder haben unterschiedliche Interessen:* Familienfreundlichkeit sollte die Interessen aller Familienmitglieder berücksichtigen. Sie ist daher nicht mit Kinderfreundlichkeit gleichzusetzen. Was erwachsenenfreundlich ist, muss nicht gleichzeitig Kindern entgegenkommen und umgekehrt. Wichtig ist, dass Lösungen gefunden werden, bei denen alle Familienmitglieder ihre Vorstellungen ein Stückweit umsetzen können.

■ *Familien mit unterschiedlichen Interessen:* Die Bedürfnisse von Familien sind nicht statisch. Je nach Familienphase ist ein unterschiedliches Angebot nötig. Während eine Familie mit kleinen Kindern viel Wert auf Kinderbetreuung legt, benötigt eine Familie mit Jugendlichen eher Unterstützung bei der Erziehung, bei wieder anderen Familien steht ein pflegebedürftiger Angehöriger im Mittelpunkt.

■ *Pluralisierung von Familienformen:* Familie und Kindheit sind in Deutschland pluraler geworden: Die äußeren Formen von Familien haben sich ausdifferenziert und die Lebensweisen innerhalb von Familie sind vielfältiger geworden. Eltern haben unterschiedliche Vorstellungen, was ihren Kindern gut tut.

Das hat Auswirkungen auf die Gestaltung von Familienfreundlichkeit. Bei der Gestaltung einer kinderfreundlichen verkehrssicheren Straße herrscht noch relative Einigkeit. Bei der Dis-

kussion um die familienfreundlichste Betreuungsform für ein zweijähriges Kind ist das Meinungsbild schon deutlich heterogener. Die einen sind der Meinung, dass Kind sei bei der Mutter am besten aufgehoben, andere finden es wiederum richtig, das Kind in eine altersgemischte Kindergarten-Gruppe zu geben, weil dadurch das Erlernen sozialer Kompetenz gefördert wird und für die Dritten wäre eindeutig eine familiennahe Betreuung durch eine Tagesmutter der richtige Weg.

## Optionen schaffen

Familienfreundliche Maßnahmen werden unterschiedlich bewertet. Verschiedene Familien haben unterschiedliche Vorstellungen von Familienfreundlichkeit. Hier liegt auch die entscheidende Herausforderung bei der Schaffung von mehr Familienfreundlichkeit: Wir können nicht von der Familienfreundlichkeit schlechthin oder einem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit sprechen. Kommunen müssen die pluralen Lebensentwürfe von Familie und ihre individuellen Vorstellungen berücksichtigen und ihnen die mit den unterschiedlichen Lebensentwürfen korrespondierenden Angebote unterbreiten. Es muss die Wahlfreiheit gewährleistet werden, dass Familien die Optionen, die sie für sich und für ihre Kinder für passend und für förderlich halten, auch realisieren können.

Auch wenn es nicht ohne sorgfältige Prüfung möglich ist festzulegen, welche Maßnahmen für eine Kommune im Einzelfall zielführend sind, gibt es doch einige wichtige Bausteine, die für Familienfreundlichkeit in Städten und Gemeinden stehen.

■ *Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten für Familien:* Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten für Familien sind ein wichtiges Kriterium für Familienfreundlichkeit auf kommunaler Ebene. Sie bieten ein Netzwerk für Familien und tragen dazu bei, dass Familienmitglieder dazu befähigt werden, ihren Alltag zu bewältigen und Probleme auch in schwierigen Situationen alleine zu lösen (empowerment). Dadurch wird verhindert, dass eine bis dahin stabile Familiensituation durch Stress in eine instabile Situation umschlägt.

## Wichtige Bausteine

Vor allem neu in eine Gemeinde oder Stadt zugezogene Familien leiden oftmals unter einem Mangel an Kontakten. Treffpunkte für Familien laden ein, Kontakte zu knüpfen und sich über die Situation mit Kindern auszutauschen. Darüber hinaus wirken sie in die gemeindlichen Strukturen hinein und tragen zur Verbesserung nachbarschaftlicher Beziehung bei. Sie können beispielsweise als Spielgruppen, Familiencafés oder Familienzentren organisiert sein.

Für die Unterstützung eines Treffpunktes für Familien mit kommunalen Mitteln muss ein öffentliches Interesse bestehen. Finanzielle Förderung und die Anerkennung eines öffentlichen Interesses werden von den Kommunen meistens dann befürwortet, wenn eine Einrichtung für alle Familien zugänglich ist und insbesondere auch sozial benachteiligte Familien erreicht. Kommunen fördern finanziell vielfach Angebote und Programme von Familienselbsthilfeeinrichtungen, die Aufgaben abdecken, die als kommunale Aufgaben anerkannt sind und die anderenfalls von der Kommune übernommen werden müssten.

■ *Familienfreundliche Kommunalverwaltung und -politik*: Die Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlich Tätigen, Verwaltungsangehörigen und politischen Entscheidungsträgern ist in vielen Fällen durch Missverständnisse gekennzeichnet. Engagierte Familien werden in kommunalen Verwaltungen und von politischen Entscheidungsträgern nicht immer mit offenen Armen aufgenommen. Häufig ist es ein langwieriger Prozess, bis die Beteiligten konstruktiv zusammenarbeiten. Dies liegt weniger an der Sache, denn Familienpolitik wird von allen als wichtig und förderungswürdig erachtet, als vielmehr an unterschiedlichen Erwartungen und Vorstellungen.

Familien erwarten, dass ihr Engagement begrüßt wird und ihre Vorschläge unterstützt werden. Sie stellen unter

Umständen das vorhandene Angebot in Frage. Für ehrenamtlich Tätige sind die Vorgänge in der Verwaltung und die Entscheidungswege nicht transparent. Sie kritisieren häufig, dass die Kommunen zwar gerne ihre Dienste und Kompetenzen in Anspruch nehmen, aber auf der anderen Seite nicht bereit sind, ihnen entgegenzukommen.

## Geben und Nehmen

Verwaltungsangehörige befürchten durch familienpolitische Initiativen zusätzliche Arbeit leisten zu müssen. Sie möchten Kompetenzrängeleien innerhalb der Verwaltung vermeiden, die sich aufgrund des Querschnittscharakters von familienpolitischen Angeboten und Einrichtungen ergeben (z.B. Zusammenarbeit des Jugendamts, des Sportamts und des Tiefbauamts bei der Errichtung eines Skaterparks).

Für Familien und in der Familienpolitik engagierte Personen ist es wichtig, dass die vielfältigen Zuständigkeiten bei einem festen Ansprechpartner gebündelt werden z.B. in Form eines Familienbüros oder eines Amts für Familie.

Politische Entscheidungsträger bestimmen über finanzielle Unterstützung von ehrenamtlichen Initiativen und treffen die Entscheidungen über kommunale Angebote. Sie haben oftmals eigene Vorstellungen von Familien-

freundlichkeit und Angeboten für Familien. Sie können sich durch ehrenamtliches Engagement in ihrer Entscheidungskompetenz übergangen fühlen. Dies ist insbesondere bei selbst verwalteten Angeboten von Eltern problematisch, bei denen die Kommune kein Mitspracherecht hat. Die politisch Verantwortlichen müssen zudem auch andere Bedürfnisse und Interessen innerhalb der Kommune im Blick haben und über die Vergabe von knappen Mitteln entscheiden.

### Zuständigkeiten bündeln

Die Überzeugung und das Bewusstsein für eine kinder- und familienfreundliche Planung im Gemeinderat, in der Verwaltung und vor allem beim Bürgermeister sind wichtiger als ein formaler Ratsbeschluss. Vor allem in kleineren Städten und Gemeinden hängt der Erfolg einer familienfreundlichen Entwicklung entscheidend davon ab, ob sich der Bürgermeister dafür einsetzt und der Verwaltung dieses Ziel vorgibt.

■ *Bedarfsgerechte Kinderbetreuung:* Der Bedarf an Kinderbetreuung sind in den jeweiligen Familien unterschiedlich, je nachdem welches Lebenskonzept sie haben. Für die einen ist die Kinderbetreuung halbtags vormittags völlig ausreichend, weil ein Elternteil nicht erwerbstätig ist. Eine andere Familie benötigt eine Ganztagesbetreuung schon für ein

Kind unter drei Jahren, weil beide Elternteile einen Beruf ausüben. Es sollte also ein breites Spektrum der Kinderbetreuung vorhanden sein, damit Familien verschiedene Vorstellungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie leben können.

### Flexible Kitas

Wichtig sind auch flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten, bei denen die Sprösslinge kurzfristig ohne Anmeldung abgegeben werden können oder eine Kinderbetreuung auf Anruf ins Haus kommt. Damit wird Eltern wieder ein Stück der Flexibilität zurückgegeben, die in unserer Gesellschaft so hoch bewertet wird und Eltern nach der Geburt ihres Kindes so schnell abhanden kommt.

Immer mehr Kommunen erkennen angesichts des demografischen Wandels, dass sie handeln müssen. Immer mehr Kommunen entscheiden sich auch für Familienfreundlichkeit als Möglichkeit, dem demografischen Wandel zu begegnen. Ein allgemeingültiges Rezept, wie der zielführende Weg für eine Kommune zu mehr Familienfreundlichkeit aussieht, gibt es nicht. Zu unterschiedlich sind die Kontextbedingungen, die Ausgangssituation und die Bedarfe vor Ort.

Was für eine Kommune dringend notwendig ist, ist für eine andere fehl am Platz. Entscheidend ist es, ein

durchdachtes Gesamtkonzept zu erstellen. Familienfreundlichkeit sollte sich nicht in Einzelmaßnahmen erschöpfen. Große Events wie Familienfeste oder Familientage sind eine gute Sache. Für Familien im Alltag sind aber dauerhafte Infrastrukturmaßnahmen die größere Hilfe. Ein Familientag, der einmal jährlich stattfindet, bietet zwar Spaß und Kontaktmöglichkeiten, eine dauerhafte Förderung von Familien ist damit jedoch nicht erreicht. Erst ein gewisses Maß an Institutionalisierung und Kontinuität von Angeboten für Familien sichern eine verlässliche Unterstützung. Kommen dann noch einmalige Aktionen dazu, die das Thema Familie und Familienfreundlichkeit auf die Tagesordnung heben, umso besser.

### **Gesamtkonzept für Kommunen**

Ein gutes Gesamtkonzept, das von der Analyse der Ist-Situation bis zur Überprüfbarkeit von Erfolgen reicht, schont zudem Ressourcen, weil es Fehlplanungen vermeidet. Die Beschreibung eines Gesamtkonzepts im Detail wird in den entsprechenden praxisbezogenen Leitfäden beschrieben.<sup>2</sup> An dieser Stelle seien einige wichtige Prinzipien genannt, die den Prozess hin zu mehr Familienfreundlichkeit begleiten sollten.

Es ist grundlegend, dass eine Kommune zunächst ihre Situation analysiert und ihre Bedarfe feststellt, um den für sie richtigen Weg zum Ziel Familienfreundlichkeit festzulegen.

Zur Beurteilung der demografischen Situation müssen die entsprechenden Kennzahlen analysiert werden. So bieten beispielsweise die statistischen Landesämter regionalisierte Bevölkerungsprognosen, aus denen die zukünftige Bevölkerungsentwicklung abgelesen werden kann. Die Bertelsmannstiftung entwickelt mit dem Projekt *Kompass* eine Systematik, anhand derer Kommunen beurteilen können, wie sich ihre Stadt oder Gemeinde entwickeln wird.<sup>3</sup> Eine solche Situationsbeschreibung kann in die Erstellung eines Familienberichts münden. Die Bedarfsbestimmung erfolgt am besten mit den Beteiligten selbst (siehe unten).

### **Beteiligung von Familien**

Kinder- und Familienfreundlichkeit auf kommunaler Ebene bedeutet vor allem auch, dass Familien an der Gestaltung von Familienpolitik beteiligt sind und Einfluss darauf haben, den Begriff Familienfreundlichkeit für ihre Kommune zu konkretisieren. Sie haben die um-

2 So z.B. Familienfreundliche Initiativen in hessischen Kommunen – Grundlagen, Praxisbeispiele, Perspektiven, Gemeinnützige Hertie-Stiftung oder Michaela Hellmann, Andreas Borchers, Familien- und Kinderfreundlichkeit, Prüfverfahren, Beteiligung, Verwaltungshandeln, Kohlhammer, Stuttgart 2002.

3 [www.kompass-modellkommunen.de](http://www.kompass-modellkommunen.de)

fassendste Erfahrung damit, wie sich das Leben als Familie in ihrer Kommune gestaltet. Kommunale Planungen sollten sich nach ihren Bedürfnissen richten. Eine familienfreundliche Gemeinde oder Stadt zeichnet sich dadurch aus, dass ihren Entscheidungen Informationen über die Bedürfnisse von Familien und über die Situation von Familien zugrunde liegen.

### **Aufgabe für alle Akteure**

Familienfreundliche Kommunen lassen sich u. a. daran messen, dass sie Familien zu den familienbezogenen Angeboten befragen, beispielsweise die Eltern von (zukünftigen) Kindergartenkindern zu den Öffnungszeiten des Kindergartens. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht nur den Bedarf erfragen, sondern das Angebot am Bedarf ausrichten und den Familien bei der Realisierung ihrer Wünsche entgegenkommen. Sie beziehen Eltern und Kinder bei der Gestaltung von Angeboten wie beispielsweise Spiel- oder Schulplätzen ein. Vielfach gibt es einen Arbeitskreis oder Runden Tisch, der sich mit der Situation von Familien oder Kindern befasst, an dem auch politische Entscheidungsträger teilnehmen.

Familienfreundlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nur im Zusammenspiel der verschiedenen politischen Ebenen in Bund, Land und Kommune, kann ein Umfeld geschaffen werden, das gute Lebensbedingungen für Familien garantiert. Dieses Zusammenwirken aller Akteure gilt erst recht auf kommunaler Ebene.<sup>4</sup> Nur wenn möglichst viele örtliche Akteure beteiligt sind, kann Familienfreundlichkeit als echtes Anliegen in einer Kommune verankert werden. Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Verbände und natürlich die Familien selbst sollten beim Prozess zur Schaffung von mehr Familienfreundlichkeit zusammenwirken.

### **Querschnittsaufgabe**

Familienfreundlichkeit ist nicht nur im Sozialressorts zu verorten, sondern eine Querschnittsaufgabe. Ein Gesamtkonzept sollte alle Bereiche der Kommunen im Blick haben und nicht nur die, die offensichtlich mit Familie zu tun haben.

Entscheidungen aller Politikbereiche haben auf das Leben von Familien Einfluss und sollten daher auf ihre Familienfreundlichkeit hin überprüft werden. Entsprechende Checklisten für Familienverträglichkeitsprüfungen

<sup>4</sup> Eine Initiative, die diese Zusammenarbeit aller Akteure explizit initiiert und fördert ist die Aktion *Lokale Bündnisse für Familien* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ([www.lokale-buendnisse-fuer-familien.de](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familien.de)).

hat beispielsweise das IES in Hannover veröffentlicht.<sup>5</sup> Wichtig ist auch, dass sich nicht jeder Politikbereich in seinen Entscheidungen singular überprüf, sondern dass sich Politikbereiche vernetzen und gemeinsam und koordiniert an der Zielsetzung Familienfreundlichkeit arbeiten.

Die wichtigsten Bereiche kommunaler Familienpolitik, die in eine Vernetzung miteinbezogen werden sollten, sind:

- Bauen und Wohnen (z.B. Baulandvergabe, Mehr-Generationen-Wohnen, Bau- und Wohnungsplanung),
- Erziehung und Betreuung von Kindern (z.B. Kindergarten, Hort, Hausaufgabenbetreuung, Schülermittags-tisch),
- Spielen und Freizeit (z.B. Spielplätze, Gestaltung von Plätzen, Ferienprogramm),
- Verkehrswesen (z.B. Schulwegeplan, Verkehrsberuhigung, Kinderstadtplan, Spielstraßen),
- Familienberatung und Familienbildung (z.B. Informationsbroschüren, Volkshochschulen, Elternbriefe, Kurse, Seminare),
- Wirtschaftliche/finanzielle Angebote für Familien (z.B. Familienpass, Hilfe in Notfällen, familiengerechte Staffelung von Gebühren),

- Verwaltung und Politik (z.B. Spiel-ecke im Rathaus, Familienförderplan für Verwaltungsangehörige, Familienbericht),
- Familienunterstützende Betreuungsangebote für Seniorinnen und Senioren und pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen (z.B. betreutes Wohnen, ambulante Dienste, Begegnungsstätten),
- Bildung und Kultur (z.B. Kinder- und Jugendbibliothek, Musikschule, Kinderkulturfest),
- Treffpunkte für Familien (z.B. Familienzentrum, Familiencafé, Spielgruppe).

## Messbarkeit und Nachhaltigkeit

Damit familienpolitische Ziele nicht Absichtserklärungen bleiben, sollte ein Gesamtkonzept bei allen Maßnahmen die Überprüfung ihrer Umsetzung einplanen. Nur wenn nach einem Zeitraum Bilanz gezogen wird und ein strategisches Berichtswesen aufgebaut wird, ist eine effektive Steuerung des Entwicklungsprozesses möglich.

Außerdem sollte es Ziel sein, angestoßene Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit nachhaltig zu verankern. Idealerweise sollten familienfreundliche Maßnahmen eine Institutionalisierung

<sup>5</sup> Andreas Borchers, Dirk Heuwinkel, Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfungen in den Kommunen, Kohlhammer, Stuttgart 2001.

erfahren, z.B. die dauerhafte Wahrnehmung von Familieninteressen durch eine/n Familienbeauftragte/n.

Bei einer Erhebung familienfreundlicher Praxisbeispiele in Baden-Württembergs Kommunen<sup>6</sup> hat sich gezeigt, dass es eine Reihe Beispiele für Familienfreundlichkeit gibt. Es hat sich aber auch gezeigt, dass diese Ideen wenig und wenn nur regional bekannt sind. Das führt dazu, dass Kommunen sich immer wieder neu auf den Weg machen, ähnliche Ideen zu entwickeln und auszuprobieren, was mit erheblichen Ressourcen verbunden ist. Gerade in Zeiten knapper Kassen gilt es aber Synergieeffekte zu nutzen und Erfahrungswissen miteinander auszutauschen.

## Das Rad nicht neu erfinden

Deshalb hat das Sozialministerium Baden-Württemberg bei der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg das Projekt „Familienfreundliche Kommune“ in Auftrag gegeben.

Das Projekt verfolgt vier Ziele:

- *Erfahrungsaustausch:* Kommunen tauschen sich gegenseitig über ihre Ideen und Erfahrungen mit familienfreundlichen Maßnahmen aus.
- *Motivation:* Durch neue Ideen bekommen Kommunen Anregungen,

selbst noch familienfreundlicher zu werden.

- *Information:* Kommunen sollen einen einfachen Zugang zu allen für sie wichtigen familienpolitischen Informationen und Ansprechpartnern haben.

- *Kosten-Nutzen-Darstellung:* Kommunen soll die Notwendigkeit von Familienfreundlichkeit und die damit verbundenen Vorteile verdeutlicht werden.

## Aus der Praxis lernen

Um dieses Ziele zu erreichen, hat die Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg das Internetportal [www.familienfreundliche-kommune.de](http://www.familienfreundliche-kommune.de) konzipiert. Es bietet nach Themenfeldern geordnet, familienfreundliche innovative Praxisbeispiele, die von baden-württembergischen Kommunen entwickelt werden.

Gute Ideen zur Familienfreundlichkeit sollen größere Verbreitung finden, vor allem wenn sie innovativ und kostengünstig sind. Darüber hinaus bietet das Portal eine thematisch geordnete Infobörse mit Literatur, Überblickstexten zu familienpolitischen Themen, Ansprechpartnern und Veranstaltungstipps. Außerdem finden sich Verweise

<sup>6</sup> Die Ergebnisse stehen als Bericht im Internetangebot des Statistischen Landesamtes unter <http://wwwext.stala.bwl.de/BevoelkGebiet/Fafo/fafoFP.asp> zur Verfügung.



## [ familie beginnt vor ort ]

zu weiteren dezentralen Informationsangeboten.

Begleitend informiert ein regelmäßiger Inforundbrief Städte und Gemeinden. Für die Zukunft sind Fachtagungen und Beratungsangebote für Kommunen geplant.

Das Internetportal ist im April 2004 online gegangen. Die Resonanz

ist sehr gut. Bisher haben rund jede zweite Kommune in Baden-Württemberg und über 100 Vereine und Initiativen ihre Beteiligung erklärt und innovative familienfreundliche Praxisbeispiele gemeldet. Ein deutlicher Beleg für die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Themas. ■

**HEIKE LIPINSKI**

ist Diplomsoziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin  
an der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle  
im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.  
[www.familienfreundliche-kommune.de](http://www.familienfreundliche-kommune.de)



# „Uns ist etwas anderes versprochen worden!“

WAS JUNGEN FRAUEN HEUTE DIE FAMILIENGRÜNDUNG ERSCHWERT  
VON **ANNE-KATHRIN OELTZEN**

**E**rlebt unser Land einen „Kinderstreik“? In der derzeitigen Debatte um Generationengerechtigkeit und den so genannten Generationenvertrag ist auch von einer neuartigen „planmäßigen Kinderlosigkeit“ die Rede. Die Gründe dafür seien zum einen der Emanzipationswunsch der Frauen, zum anderen eine neue Bindungsunwilligkeit der Männer. Anders als derzeit vielfach behauptet, seien es keineswegs die Alten, die den Generationenvertrag innerlich gekündigt hätten. Ein für allemal ausgestiegen aus der intergenerationalen Solidarität seien vielmehr die heute 30- bis 45-Jährigen – eine Generation, die angeblich gezielt auf eigene Kinder verzichtet. Und derartige gesellschaftliche Individualisierungsprozesse, so heißt es, könnten nicht durch politisches Handeln aufgehalten werden.

Richtig ist: Wir brauchen mehr Kinder in unserem Land. Im interna-

tionalen Vergleich der Geburtenzahlen ist die Bundesrepublik mittlerweile auf den 170. Platz von 192 Staaten abgerutscht.<sup>1</sup> Für eine Gesellschaft bedeuten weniger Kinder weniger Zukunft, weniger Perspektiven, auch weniger Wohlstand und weniger Wachstum – und das im deutschen Fall keineswegs erst in irgendeiner fernen Zukunft, sondern schon heute.

## Andere Länder, andere Sitten

Aber handelt es sich bei der niedrigen Geburtenrate in der Bundesrepublik tatsächlich um ein „kulturelles“ Phänomen, um die unausweichliche Folge neuartiger Lebensstile in einer modernen Gesellschaft, bei denen Kinder keine Rolle mehr spielen? Dann müssten alle westlichen Gesellschaften auf dieselbe Weise mit diesem Trend konfrontiert sein. Und dann wäre in der

<sup>1</sup> Vgl. United Nations, Population Division, Department of Economic and Social Affairs (Hrsg.), World Population Prospects: The 2002 Revision, Februar 2003.

Tat durch gesellschaftspolitisches Handeln nur wenig daran zu ändern, denn auf kulturelle Großtrends und mächtige Mentalitäten kann Politik nur sehr begrenzt einwirken. Jedoch werden in europäischen Ländern wie Frankreich, Schweden oder Dänemark – mit Deutschland in sozialkultureller Hinsicht vergleichbar – deutlich höhere Geburtenraten verzeichnet als bei uns.

### Wünsche ohne Wirklichkeit

Obendrein – und scheinbar paradoxerweise – ist in diesen Ländern gleichzeitig die Erwerbstätigkeit von Frauen höher als bei uns. Wie ist das möglich? Offenbar hat eine gute Infrastruktur an Betreuungsangeboten für Kinder, wie sie die genannten Länder besitzen, Auswirkungen auf die Geburtenrate. Vorausschauendes politisches Handeln vermag also sehr wohl, Bedingungen zu verändern und auf diese Weise die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften positiv zu beeinflussen.

Alle einschlägigen Erhebungen belegen: Auch bei uns wollen junge Menschen Familien gründen, Kinder kriegen und mit Kindern leben. Was sie davon abhält, ihre Wünsche zu verwirklichen, ist zum einen das *in Westdeutschland* noch immer bestehende Defizit an „Ermöglichungsstrukturen“: Der Halbtagskindergarten ist hier die Regel, einen Kindergartenplatz mit

Öffnungszeiten nach 12:30 Uhr zu ergattern, ist in den westdeutschen Bundesländern noch immer ungeheuer schwierig – ganz zu schweigen von den quasi nicht existierenden Krippenplätzen für Kinder unter 3 Jahren. Hier ist allein das Organisationstalent der Eltern gefragt, sich privat eine Tagesmutter zu suchen.

Hingegen verwirklichen *in Ostdeutschland* junge Frauen ihre Kinderwünsche nicht oder erst relativ spät, weil hier Unsicherheiten und Zukunftsängste die Entscheidung für die Familiengründung beeinflussen. Die hohen Arbeitslosenzahlen und eingeschränkte oder fehlende Berufsperspektiven lassen den Kinderwunsch in der Lebensplanung in den Hintergrund treten. Und besonders die hohen Abwanderungsraten gerade der jungen Frauen führen dazu, dass deren Kinder eben nicht in den ostdeutschen Bundesländern geboren werden.

### Vorbilder fehlen

Die heute 30- bis 45-jährigen ostdeutschen Frauen sind die Generation, die nach 1989 zum Teil ganz auf Kinder verzichtete. Diese jungen Frauen kennen noch die Abgesichertheit der jungen Familien zur Zeit der DDR. Es ist nicht zuletzt dieses Wissen, das vor dem Schritt zum eigenen Kind eher abschreckt – schließlich fehlte und fehlt es an Vorbildern, wie die Famili-

engründung unter heutigen Bedingungen funktionieren kann.

Darüber hinaus führen die im europäischen Vergleich sehr langen Ausbildungszeiten in Deutschland dazu, dass sich der Zeitpunkt für die Geburt des ersten Kindes immer weiter nach hinten verschiebt. Dies wirkt sich nicht nur auf den Lebenslauf von Akademikerinnen aus, die nach dem Ende ihres Studiums mit 28 bis 30 Jahren ins Berufsleben eintreten und erst einmal beruflich Tritt fassen wollen, bevor sie an das erste Kind denken.

### **Familie oder Karriere?**

Es ist keine Ausnahme, dass eine Bankangestellte im Alter von 25 Jahren das Angebot erhält, die Bankakademie zu besuchen oder an einem firmeninternen Fortbildungs- oder Trainee-Programm teilzunehmen. Das Dilemma besteht darin, dass die Phase der Familiengründung und Erziehung von Kindern zeitlich mit der Phase der beruflichen Karrierefindung zusammenfällt – beides muss im Lebensalter von 25 bis 40 Jahren geleistet werden.

Genau diese zeitliche Überschneidung von Familien- und Karrierephase ist es, aus der die niedrigen Geburtenzahlen entspringen. Denn einen durch Individualisierung und neuartige, egoistische Lebensstile bedingten „Kinderstreik“ gibt es in Wirklichkeit in Deutschland nicht. Wohl aber gibt es ein Lebensgefühl, das

die jungen Frauen zwischen 25 und 40 Jahren in Ost- und Westdeutschland eint und ganz entscheidend zu ihrer Zurückhaltung bei der Familiengründung beiträgt: „Uns ist etwas anderes versprochen worden!“ In diesem einen Satz bündelt sich das Dilemma der am besten ausgebildeten Frauengeneration, die es je in Deutschland gegeben hat. Diesen jungen Frauen wurde in ihren Familien, vor allem auch in Schule und Ausbildung vermittelt, dass ihnen alle Perspektiven in der Gesellschaft offen stünden, dass sie auch als Frauen alles auf der Welt werden könnten: Kranführerin oder Stewardess, Werksleiterin oder Managerin, Uni-Professorin, Ärztin oder Architektin.

In der DDR war die berufstätige Frau auch in „Männerberufen“ eine Selbstverständlichkeit, in der alten Bundesrepublik setzte sich diese Selbstverständlichkeit bis in die 1980er und 1990er Jahre hinein langsamer durch, wurde aber zeitweilig beschleunigt durch die starken Anstöße der Frauenbewegung in den 1970er Jahren. Jungen Frauen stehe es nun offen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es wollten – ganz anders als bei den Frauengenerationen ihrer Großmütter und zum Teil auch noch ihrer Mütter – so lautete das große Versprechen.

### **Versprechen der Gleichheit**

Doch es gibt einen Bereich, in dem die im übrigen weitgehend durchgesetzte Gleichheit der Geschlechter

nicht gilt, und das wissen oder ahnen die jungen Frauen ganz genau: Wenn sie Mütter werden, zerrinnt das große Versprechen der Gleichheit zwischen ihren Fingern. Denn wenn sie Mütter werden, wird es ganz schwierig mit der Selbstverständlichkeit der eigenen Berufstätigkeit.

## **Lebensplanung in der Arbeitswelt**

Wollen sie Kinder haben, müssen Frauen die eigenen Perspektiven, Wünsche und Lebensziele gerade im Berufsleben zurückstellen. Nur: Es war ihnen eben etwas ganz anderes versprochen worden! Und es ist die Enttäuschung hierüber, die viele Frauen den Kinderwunsch in ihrer Lebensplanung immer weiter nach hinten verschieben lässt. Kinder zu haben ist in der Arbeitswelt heute – anders als zu DDR-Zeiten – ein unberechenbarer „Störfaktor“.

Es mangelt an einer Unternehmenskultur, in der sowohl Arbeitgeber als auch Kolleginnen und Kollegen Verständnis zum Beispiel für die zeitliche Unflexibilität von Eltern aufbringen. Es mangelt auch an Verständnis für Berufsbiographien von Frauen, die durch Kindererziehungszeiten unterbrochen oder vielmehr bereichert sind und entsprechend schwerer mit durchgängigen Berufskarrieren verglichen werden können. Aus diesen Gründen wird das Leben mit Kindern und die eigene Berufstätigkeit für Frauen selbst

dann zu einem schwierigen Balanceakt, wenn der Partner und Vater selbstverständlich einen Teil der Haus- und Familienarbeit mit erledigt.

Um richtig verstanden zu werden: Den jungen Frauen geht es heute ganz überwiegend nicht um selbstsüchtigen Karrierismus, sondern um die gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft, um ein eigenes erfülltes Leben, das eben auch in der Berufstätigkeit von Frauen wurzelt. Es ist auch nicht so, dass die jungen Frauen am liebsten keine Zeit mit ihren Kindern verbringen würden, sich nicht mehr selbst um die Erziehung kümmern und ihre Kinder zehn Stunden am Tag in einer Kinderkrippe „parken“ wollten.

## **Neue Gleichberechtigung?**

Vielmehr geht es ihnen um eine Selbstverständlichkeit, die in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern noch längst nicht eingelöst wird: Um die Freiheit, wählen zu können zwischen einer Familienphase des Nur-Mutter-Seins und der eigenen Berufstätigkeit. Genau diese Wahl gibt es vor allem in Westdeutschland für Mütter mit Kleinkindern oftmals nicht. Junge Frauen erwarten eine Berufs- und Arbeitswelt, die Raum lässt für gemeinsam verbrachte Zeit in und mit der Familie – übrigens nicht nur für Mütter, sondern auch für Väter. Sie wollen nach einer kurzen oder längeren Phase

des Nur-Mutter-Seins die Chance haben, in ihren Beruf zurückzukehren. Und sie erschrecken über eine gesellschaftliche Kultur, die ihre Eigenständigkeit und Emanzipation noch immer nicht für selbstverständlich hält und berufstätige Mütter mit Kleinkindern als „Rabenmütter“ brandmarkt.

## Osten und Westen

Ist die Gleichheit der Geschlechter in Deutschland ein breit akzeptiertes gesellschaftspolitisches Ziel? Die Erfahrungswelt von Frauen scheint dagegen zu sprechen. Junge Frauen beginnen heutzutage häufig erstmals daran zu zweifeln, wenn es um die Gründung einer eigenen Familie geht. Und in Ostdeutschland scheint in dieser Hinsicht bereits ein Rückschritt eingesetzt zu haben, denn auch hier müssen sich junge Frauen zuweilen die Frage gefallen lassen, warum sie denn selbst eine Arbeit suchten, wo doch ihr Mann oder Lebensgefährte Arbeit habe! Außer leeren Versprechen hat sich in Bezug auf die Rolle der Mütter in der Gesellschaft und der Arbeitswelt *Westdeutschlands* zu wenig verändert – und die kulturelle Starrheit des Westens scheint sich bereits auf *Ostdeutschland* auszudehnen.

In den ostdeutschen Bundesländern besteht eine gut ausgebaute Infrastruktur an öffentlicher Kinderbetreuung, von Krippenplätzen für die ganz Klei-

nen über Ganztagskindergärten und Hortplätzen für Schulkinder. Aus ostdeutscher Perspektive erscheint es daher verwunderlich, dass seit dem letzten Jahr in dieser Republik tatsächlich eine ideologische politische Debatte über die Ausweitung der Angebote an Kinderbetreuung tobt – und damit über Weichenstellungen, die mittelbar auch positive oder negative Auswirkungen auf die ostdeutschen Bundesländer haben könnten.

## Kaum Krippenplätze im Westen

In den westdeutschen Bundesländern jedoch versteht es sich keineswegs von selbst, dass für unter 3-jährige Kinder Krippenplätze angeboten werden. Das DIW hat 2001 erschreckende Zahlen ermittelt. In Bayern „teilen“ sich 100 Kleinkinder einen Krippenplatz, in Hessen drei. Ganz anders das Bild in Ostdeutschland: In Brandenburg kommen auf 100 unter 3-jährige 52 Krippenplätze, in Sachsen immerhin noch 24.

Angestoßen wurde die ideologische Debatte über die Kinderbetreuung durch das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt, den Ausbau der Kinderbetreuung mit 1,5 Milliarden € zu fördern, um das Platzangebot für unter 3-jährige Kinder im Westen zu erhöhen und zugleich das gute Betreuungsangebot in Ostdeutschland zu erhalten. Die Ministe-

rin möchte das Geld direkt an die Kommunen geben, und dies, obwohl nicht der Bund für die Infrastruktur an Kinderbetreuung zuständig ist, sondern die Bundesländer.

### Wer nichts dazu gelernt hat

Umstritten ist dieses Vorhaben weniger aus finanzpolitischer Sicht (etwa weil die Kommunen das Geld lieber für neue Verkehrskreisel ausgeben wollen als für neue Krippenplätze), sondern ausgerechnet aus ideologischen Gründen. Denn es gibt sie – nicht nur in Westdeutschland – tatsächlich noch, die Verfechter der Ansicht, die Mutter gehöre zu allererst und allein zu ihrem Kind.

Im konservativen Familienbild gilt die berufstätige Frau nach wie vor geradezu als „Sünderin“, sie wird als Teil des Sittenverfalls in der modernen Welt angeprangert, die durch die notwendige „Fremdbetreuung“ der Entwicklung ihres Kindes schade.

Wie folgende Beispiele belegen, ist das keine Übertreibung. Der Familienministerin wird bei ihrem Engagement für die Kinderbetreuung von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unterstellt, sie betreibe den Ausbau nur, um Zug um Zug die Familien zu schwächen: „Aber die vermeintliche Lösung

des Problems, das an Planwirtschaft erinnernde Vorhaben, binnen weniger Jahre die Krippenangebote für Kinder im Alter von weniger als drei Jahren drastisch zu erhöhen, verkennt völlig, dass Familienwohl sich zuallererst vom Kindeswohl her bestimmt. Wer jedoch Anreize dafür schafft, dass Eltern ihren Kindern in den ersten drei Lebensjahren, der ‚empfindlichsten‘ Phase ihrer körperlichen und seelischen Reifung, den familiären Schutzraum entziehen, der legt die Wurzel an alles, was Familie leisten kann und muss.“<sup>2</sup>

### Roll-Back auch in Brandenburg?

Auch Jörg Schönbohm, der Spitzenkandidat der CDU für die Brandenburger Landtagswahl, ist ein Verfechter des konservativen Familienbildes. Schönbohm setzt auf ein „Erziehungsgeld“ für die Mütter statt auf die Berufstätigkeit von Frauen und die Kita-Betreuung von Kindern: „Die CDU hat immer die Auffassung vertreten, dass wir die Kita-Diskussion nicht auf die Sparschwämme reduzieren dürfen, wie es geschieht. Es geht im Kern darum, ob jede Mutter ihr Kind nach der Geburt in die Kita geben sollte, selbst wenn sie nicht berufstätig ist. Das ist nicht im Interesse der Kinder.“<sup>3</sup> Und weiter meint Schönbohm: „Aber es

2 „Betreuungsmacht“, Kommentar in: *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 03.04.2003.

3 „Zum Glück haben wir keine Wahlen“, Interview in: *Der Tagesspiegel* vom 17.02.2000.



dürfen nicht diejenigen verunglimpft werden, die ihren Platz als Hausfrau und Mutter zu Hause sehen und den Familien auf diese Weise dienen. Wir sollten uns wieder ganz bewusst zur Familie bekennen. Durch die Anerkennung der Arbeit als Hausfrau und Mutter sollte dieser wichtigen Leistung ein neuer Wert gegeben werden. Auch auf die Gefahr hin, dass die Emanzipationsbewegung laut aufschreit – Kinder lernen die Muttersprache – Mütter sind nicht zu ersetzen.”<sup>4</sup>

### Pro und Kontra Kitas

Die Wochenzeitung *Die Zeit* charakterisiert Schönbohms Frauen- und Familienbild denn auch folgendermaßen: „Einen Konservativen kann man ihn wohl nennen. Nicht allein aus Geldnot hat er in Brandenburg den Rückbau der besonders üppigen Krippenplatzversorgung durchgesetzt; es entspricht auch seinem Familien- und Gesellschaftsbild, dass Eltern sich zunächst und im Prinzip selbst um ihre Kinder kümmern sollten.”<sup>5</sup>

Unterstützung erhalten die Konservativen in der CDU auch von der Tageszeitung *Die Welt*, die die öffentliche Kinderbetreuung anprangert: „Die

zentrale Frage jedoch ist: Wer glaubt wirklich, dass die Kindertagesstätte für sechs Monate oder zwei Jahre alte Kinder tagsüber der optimale Aufenthaltsort ist? Dies mag in jenen Regionen gelten, wo Alternativen zu aufgelösten Familienstrukturen sinnvoll sind. Aber als Rezept für alle?“<sup>6</sup> Und weiter kritisiert *Die Welt*, dass sich die Politik die „kollektive Verwahrung“ zum Programm mache: „Die meisten Eltern wissen besser als der Staat, was richtig ist für ihre Kinder. Er sollte ihnen den finanziellen Freiraum lassen, um eine Entscheidung treffen zu können. Wenn sich dann weiterhin eine Mehrheit der Mütter dafür entscheidet, ganz für ihre Kinder da zu sein, hat der Staat das zu akzeptieren, denn er muss dem Gemeinwohl dienen.“<sup>7</sup>

### Politik muss Kinder ermöglichen

Es stimmt, dass Politik nicht alles kann und erst recht nicht alles soll. Vor allem soll sie sich nicht in die privaten Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger einmischen. Aber wo sich die Menschen in Wahrheit Kinder wünschen, wird heute gerade das Fehlen von ermöglichender Politik zur unzumutbaren Einmischung ins private Leben.

4 Rede von Jörg Schönbohm „Freiheit wagen – Werte leben“ anlässlich der Verleihung des Mittelstandspreises der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer, Berlin 9.10.2003.

5 Jan Ross: „General in der Wärmestube“, in: *Die Zeit*, Nr. 13 vom 21.03.2002.

6 Guido Heinen: „Geburten“, Kommentar in: *Die Welt* vom 15.11.2003.

7 Ebenda.

Dass Menschen ihr Leben so leben können, wie sie es selbst leben wollen, daran muss sich eine den Grundwerten der Freiheit und Gerechtigkeit verpflichtete Politik ausrichten. Daraus ergibt sich allerdings auch die Verpflichtung, die Voraussetzungen zu schaffen, die die Menschen brauchen, um Familien gründen und mit Kindern leben zu können. In diesem Sinne sind die Verbesserung der Betreuungsangebote in Westdeutschland und der Erhalt der guten Betreuungsinfrastruktur in Ostdeutschland wichtige Schritte hin zu einer ausgewogenen Balance zwischen Familienleben und Arbeitswelt.

Darüber hinaus haben in modernen Gesellschaften auch familienfreundliche Unternehmenskulturen und Arbeitszeiten Auswirkungen auf die Zahl der Kinder, die geboren werden. Denn ob es einem gefällt oder nicht: Die Menschen – und eben auch die meisten Frauen – wollen heute zugleich berufstätig sein *und* Kinder haben.

### **Kinderlosigkeit ist nicht geplant**

Bei der niedrigen Geburtenrate in Deutschland handelt es sich eben keineswegs um geplante Kinderlosigkeit, also um das Hinauszögern der Mutterschaft in einer verwöhnten und egoistischen Generation von individualistischen jungen Frauen. Vielmehr hat sich hier eine untergründige, durch die herrschenden Kulturen bedingte Zu-

rückhaltung bei der Entscheidung zur eigenen Mutterschaft entwickelt – weil die „Opportunitätskosten“ gerade für die gut ausgebildeten Frauen in Deutschland viel zu hoch sind.

Es gibt noch eine weitere interessante Differenz zwischen Ost und West: West-Mütter und erst Recht West-Omas sagen: „Arbeite erst mal, lebe Dein Leben, bevor Du Kinder bekommst. Wir waren damals zu dumm und haben wegen der Kinder aus unserem eigenen Leben nichts gemacht. Lass Dir Zeit!“

### **„Bleib selbstständig!“**

Dagegen herrscht bei Ost-Müttern und vor allem Ost-Omas Unverständnis über ihre Töchter und Enkelinnen vor, wenn diese mit 28 Jahren noch nicht einmal ein einziges Kind bekommen haben: „Bei uns ging’s doch auch!“ Aber übereinstimmend ist der Rat aus Ost und West: „Bleib berufstätig, bleib selbstständig, mach was aus Deinem Leben!“ Wobei sich dieser Rat aus jeweils anderen Erfahrungen speist: im Osten aus dem Selbstbewusstsein der selbstverständlich berufstätigen Frau, im Westen aus den Erfahrungen der Einverdiener-Ehe auf Kosten der Berufstätigkeit und damit auch der eigenständigen sozialen Absicherung der Frau. Doch auf die Rückfrage der jungen Frauen, „Wie soll das denn bitteschön gehen?“, haben die

Mütter und Omas leider weder im Westen noch im Osten eine Antwort.

## **Entscheidend sind Startchancen**

*Eine* entscheidende Voraussetzung dafür, dass es überhaupt gehen kann, ist ein gut ausgebautes und qualitativ hochwertiges Angebot an Kinderbetreuung. Und auch darüber hinaus ist, wie im Folgenden gezeigt werden soll, eine qualitativ hochwertige Infrastruktur an Betreuungsangeboten entscheidend für die Zukunft unseres Landes – ganz anders als die Verfechter des konservativen Frauen- und Familienbildes meinen und wollen.

Regelmäßig bereits vor dem Schuleintritt werden die Grundlagen für den späteren Bildungsweg eines Kindes gelegt, denn die kognitiven Fähigkeiten eines Menschen und seine Offenheit gegenüber Bildungsanreizen werden in der frühen Kindheit ausgebildet. In keiner anderen Lebensphase lernen wir so viel und so leicht. Es sind die Startchancen in den ersten sechs Lebensjahren, die in großem Maße über den späteren Lebensweg und die Lebenskarrieren von Menschen entscheiden. Deshalb gehört die frühkindliche Förderung ins Zentrum der Familienpolitik – auch und gerade im Hinblick auf gute Lebenschancen in einer sich wandelnden Arbeitswelt.

Neben dem Lernen in der Familie müssen die Möglichkeiten der Unterstützung früher Bildungsprozesse besser

genutzt und ausgeweitet werden. Gute Betreuung bietet Kindern pädagogische Förderung, die die Erziehung der Eltern ergänzt und Bildungsangebote über das Elternhaus hinaus eröffnet. Denn Förderung und Bildung beginnt in der Familie, im ersten Lebensabschnitt liegt es an den Eltern, ob die Interessen ihrer Kinder befriedigt und sie gefördert werden.

## **Kinder müssen lernen können**

In Deutschland ist es in hohem Maße das soziale und kulturelle Kapital der Eltern, das die spätere Schullaufbahn eines Kindes bestimmt. Die Pisa-Studie hat gezeigt, dass in der Bundesrepublik die Bildungschancen und auch die Leistungen der Kinder sehr stark – zu stark – von der sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängen.

Viele Kinder kommen zu spät in den Genuss systematischer Förderung, sie weisen Entwicklungsrückstände auf Grund ihrer sozialen Herkunft auf. Deshalb ist der Zugang möglichst aller Kinder zu guten Betreuungsangeboten so entscheidend. So kann einer Verengung von frühkindlicher Förderung und Bildung auf bestimmte soziale Gruppe entgegen gewirkt und die frühkindliche Förderung auf ein breiteres Fundament gestellt werden.

Denn die Kita ist der Ort, an dem Schlüsselqualifikationen gelernt werden

können. Bereits hier und nicht erst in der Schule wird Kindern der Zugang zu Förderung und Bildung ermöglicht.

### **Bildungsarmut pflanzt sich fort**

Bei der Frage des Zugangs aller Kinder zu Bildungschancen geht es um Lebenschancen und soziale Gerechtigkeit. Es geht um die Chance auf Teilhabe aller Menschen in unserem Land, darum, auch in Zukunft für so viele Menschen wie möglich ein gutes Leben zu eröffnen. Wir können nicht hinnehmen, dass ganze Gruppen unserer Gesellschaft wie zum Beispiel Kinder aus bildungsarmen Elternhäusern oder Einwandererfamilien von Bildungschancen ausgeschlossen bleiben und systematisch zu den gesellschaftlichen Randgruppen der Zukunft werden. Unsere Gesellschaft kann ohne die größere Gleichheit der Bildungschancen nicht funktionieren.

Wir befinden uns auf dem Weg von einer Industrie- in eine Wissensökonomie, von einer Produktions- in eine Informationsgesellschaft. In diesem Prozess verändern sich die Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitreichend. In der neuen Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts werden immer stärker Kompetenzen wie Selbstständigkeit, Teamgeist und Kooperationsfähigkeit gefragt sein, aber auch Konfliktfähigkeit, Konzentrationsfähigkeit und eine hohe Frustrationstoleranz.

Die neue Arbeitswelt verlangt darüber hinaus immer mehr auch Sprachkompetenz, Einfühlungsvermögen, Überzeugungskraft und Kritikfähigkeit sowie die Fähigkeit auf einen Gesprächspartner einzugehen oder die Perspektive wechseln zu können. Um diese Qualifikationen erlangen zu können, müssen Menschen zunächst das Lernen selbst gelernt haben: Sie müssen über so genannte Schlüsselqualifikationen verfügen, um sich selbst im Lebensverlauf bei Bedarf weitere, vertiefte oder spezielle Kompetenzen erarbeiten und erschließen zu können. Diese in der Kindheit erworbenen Schlüsselqualifikationen bilden die Grundlage für die Fähigkeit eines Menschen zum lebenslangen Lernen.

### **Mehr Chancen im Leben**

Zeitgleich vollzieht sich in unserem Land ein Wandel in der Struktur der sozialen Risiken – ein Wandel, der neue soziale Gewinner und Verlierer hervorbringt. Diejenigen Menschen, die wenig gebildet und schlecht qualifiziert sind, die nur ungenügende kognitive Fähigkeiten sowie mäßige kulturelle und soziale Kompetenzen besitzen, sind im Berufsleben zunehmend mit dem Risiko schlechter Bezahlung konfrontiert. Ihre Erwerbsbiographien werden weit eher von prekären Arbeitsverhältnissen, finanzieller Unsicherheit und Arbeitslosigkeit geprägt sein. In der wissensintensiven Wirtschaft hängen Berufstätigkeit

und damit auch Lebenschancen in einem umfassend verstandenen Sinn immer stärker von der Lernfähigkeit der einzelnen Menschen ab.<sup>8</sup>

## Wir brauchen alle Talente

Deshalb sind die Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente der Menschen ihre wichtigsten Ressourcen – und zugleich die wichtigsten Ressourcen einer modernen Gesellschaft. Es ist wahr: Die Kategorie der „Humanressourcen“ hat in Deutschland nicht durchweg einen guten Klang. Wer sie verwendet, handelt sich schnell den Vorwurf des kalten Ökonomismus ein.

Doch es ist nicht ersichtlich, wie die Menschen ihre Lebenswünsche in Zukunft verwirklichen könnten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Land düster sind. Dass eine ökonomisch dynamische Gesellschaft jedenfalls potenziell mehr Menschen größere Lebenschancen bieten kann als eine stagnierende Gesellschaft, dürfte unbestreitbar sein. Schon deshalb müssen wir allen Kindern gute Bildungschancen eröffnen.

Künftig müssen wir also die Humanressourcen unserer Gesellschaft weitreichend aktivieren und mobilisieren. Auch die demografische Entwick-

lung unserer Gesellschaft gebietet dies: In Zukunft werden ständig schrumpfende erwerbstätige Alterskohorten zahlenmäßig viel größere Kohorten von Menschen ernähren müssen, die außerhalb des Erwerbslebens stehen. Auch deshalb werden wir es uns immer weniger leisten können, Talente von Menschen brach liegen zu lassen oder vorhandene Talente nicht zu fördern.<sup>9</sup> Für die Talente von Frauen, die aus unserer starren Arbeitswelt ausgesteuert werden, sobald sie Mütter werden, gilt dies bereits heute, und es gilt erst Recht für die Betreuung und Förderung unserer Kinder.

## Kinderbetreuung qualifizieren

Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist also ein ganz entscheidender Schlüssel, um Menschen gute Lebenschancen zu eröffnen – zum einen für die heutige Kindergeneration, die von frühkindlicher Förderung und Bildung ein Leben lang profitieren kann, zum anderen für die heutige Elterngeneration, die dadurch gestärkt wird. Denn Mütter und Väter wollen ihr Kind in guten Händen wissen, sie brauchen die Gewissheit, dass bei der Kinderbetreuung für Qualität gesorgt ist, sie wollen gute Bildungschancen für ihre

<sup>8</sup> Vgl. Gösta Esping-Andersen, *Towards the Good Society, Once Again?*, in: Ders.: *Why We Need a New Welfare State*, Oxford u.a. 2002, Seite 3.

<sup>9</sup> Vgl. ebenda.

Kinder. Und gute Kinderbetreuung ist eine Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern. Damit leistet gute Betreuung einen Beitrag zur Verbesserung der Balance zwischen Familienleben und Arbeitswelt und damit auch für die Verwirklichung der Lebensentwürfe junger Frauen. Denn die traditionell westdeutsche Ein-Verdiener-Ehe ist zumindest für die jungen Frauen kein breit akzeptiertes Modell für die Zukunft Gesamtdeutschlands mehr. An den Geburtenzahlen ist abzulesen, dass Frauen heute nicht dazu bereit sind, unter den Bedingungen dieser Rollenverteilung eine eigene Familie zu gründen. Nicht die Emanzipation der

Frauen verhindert die Geburt von Kindern, sondern eine gesellschaftliche Kultur, die die Zuständigkeit für Kinder allein den Frauen aufbürdet.

Kinderbetreuung zu fördern heißt also, für Chancengerechtigkeit bei den Bildungsangeboten für Kinder zu sorgen und das den jungen Frauen gegebene Versprechen der Geschlechtergleichheit einzulösen – und damit eine Entscheidung für Familie und Beruf zu ermöglichen. Schließlich geht es um beides: Um die jungen Frauen und das ihnen gemachte große Versprechen für ihre eigene Zukunft. Und um die Kinder, die wir brauchen für eine gute Zukunft des Landes, in dem sie leben werden. ■

**ANNE-KATHRIN OELTZEN**

ist Politikwissenschaftlerin und arbeitete von 2002 bis 2004 für die Projektgruppe Zukunft Familie im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

# Ideologie und Wirklichkeit

FRAUEN- UND FAMILIENPOLITIK NACH SCHÖNBOHMS ART  
VON **WILMA SIMON**

**I**n Brandenburg sind knapp 80 Prozent aller erwerbsfähigen Frauen berufstätig. Darunter sind viele Mütter: Fast 40 Prozent haben Kinder unter 18 Jahren. Eine große Anzahl dieser Mütter ist alleinerziehend, meist weil die Ehen oder Beziehungen gescheitert sind.

Zu DDR-Zeiten waren beinahe alle Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig. Diese Erfahrung prägt auch jetzt noch die Wünsche und das Verhalten der ostdeutschen Frauen und Mütter: Es ist für sie weiterhin völlig selbstverständlich, berufstätig sein zu wollen; und genauso selbstverständlich erwarten sie eine vernünftige Betreuung ihrer Kinder in Krippen und Kindertagesstätten. Wie Französinen und Schwedinnen empfinden die Brandenburgerinnen keinen Widerspruch zwischen öffentlicher und Erziehung in der Familie. Diese ergänzen einander: Tagsüber wollen die Frauen eine qualifizierte öffentliche Erziehung, morgens und abends zuhause eine liebevolle und aufmerksame Betreuung durch Vater und Mutter.

Diesen empirischen Befunden setzt CDU-Schönbohm sein patriarchalisches Weltbild entgegen: „Die Erziehung der Kinder darf nicht an den Staat delegiert werden ... Mit einem Erziehungsgeld könnte (man) zum Beispiel den Eltern die individuelle Entscheidung ermöglichen (zuhause zu bleiben oder erwerbstätig zu sein, d. Verf.). Keiner will die Frauen-zurück-an-den-Herd‘. Wir sollten uns wieder ganz bewusst zur Familie bekennen. Durch die Anerkennung der Arbeit als Hausfrau und Mutter sollte dieser wichtigen Leistung ein neuer Wert gegeben werden“ (9.10.2003), lautet das Urteil – oder Vorurteil? – des Brandenburger CDU-Chefs.

Schönbohms Bekenntnis zur Familie besteht in der Reduktion der Frau und Mutter auf die Hausfrauenrolle, „versüßt“ durch ein Erziehungsgeld, mit dem ihr der Wunsch nach Berufstätigkeit „abgekauft“ werden soll. Erziehungsgeld oder Familiengeld bringt Schönbohm in einen Gegensatz zu den Kindergärten. Vollkommen unverständlich scheint ihm

zu sein, warum Ostdeutsche immer noch so stark an den Kitas festhalten. Das ist offenbar auch der Grund, warum der Ex-General gegen diese „unglaublich hohe Kitagläubigkeit“ wettet. Und weiter heißt es bei Schönbohm: „Eltern lieben ihre Kinder mehr als Erzieherinnen – warum sollen sie dann nicht die finanzielle Freiheit erhalten, für ihre Kinder die richtige Betreuungsform auszuwählen. Heutzutage ist mir vieles zu beliebig“ (14.8.2003).

### „Die normale Familie“

Richtige Betreuung findet laut Schönbohm nur durch die nicht erwerbstätige Hausfrau und Mutter statt. „Die Union muss auf konservative Werte und damit auf die normale Familie setzen,“ so lässt Schönbohm die Katze aus dem Sack. Alleinerziehende, Geschiedene, berufstätige Mütter gibt es zwar, aber die mag er nicht. Väter kommen bei ihm ausdrücklich nicht vor. Herr Schönbohm träumt von der „Normalfamilie“: Papa geht arbeiten, Mama bleibt schön zuhause und erzieht möglichst viele Kinderlein. Es ist dies ein geschlossenes Bild einer Gesellschaft, wie sie so schon lange nicht mehr existiert. Gerade die Ostdeutschen leben seit geraumer Zeit eine familiäre Wirklichkeit, die viel breiter ist, als Jörg Schönbohm wahrhaben will und kann.

Schönbohm und seine CDU weigern sich in weiten Teilen, die Wirklichkeit in Deutschland zur Kenntnis zu nehmen:

Jede dritte Ehe wird geschieden, jedes siebte Kind lebt unter der Armutsgrenze; die Einkommenssituation der Familien hat sich aufgrund der Wachstumsprobleme und der hohen Arbeitslosigkeit im Osten so verschärft, dass jede Chance des Geldverdienens genutzt werden muss und gerade junge, gut qualifizierte Frauen viel zu häufig den Weg nach Westen antreten. Da hilft kein Gesundbeten der „heilen Normalfamilie“ oder die Aufwertung der „Hausfrauenrolle“. Die Erwerbstätigkeit ermöglicht es Frauen, beispielsweise im Falle von Scheidungen, auf ein eigenes Einkommen und eigene Leistung zurückgreifen zu können.

### Wunsch und Wirklichkeit

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 26. Mai 2004 konnte man unter der Überschrift „Morgens Managerin, abends Mutter“ folgendes lesen: „Immer mehr Unternehmen bieten Frauen Teilzeitarbeitsplätze an, um Geld zu sparen und die Vereinbarkeit von Karriere und Beruf zu ermöglichen“. In dem Artikel wird eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Jahr 2000 zitiert, nach der in 77 Prozent der (gesamtdeutschen) Familien mit Kindern unter drei Jahren die Aufgabenverteilung „klassisch“ ist: Der eine Partner ist voll erwerbstätig, während der andere sich den ganzen Tag um Kind und Haushalt kümmert.



„Doch nur 14 Prozent finden dieses Modell ideal. 63 Prozent hätten lieber eine Kombination aus einer Vollzeit- und einer Teilzeitstelle, 16 Prozent wünschen sich für beide Partner eine Teilzeitbeschäftigung.“ Deutlicher kann dem CDU-Ideal der „Normalfamilie“ von den geäußerten Wünschen her kaum widersprochen werden.

### **Zurück in die Fünfziger Jahre**

Die Gründe für das eklatante Auseinanderklaffen von „Wunsch und Wirklichkeit“ ergeben sich aus einer Studie des Meinungsforschungsinstituts Emnid: 80 Prozent der befragten Frauen gaben an, fehlende Teilzeitstellen hielten Mütter vom Wiedereinstieg in den Beruf ab. 72 Prozent sagten, der Mangel an verlässlichen Möglichkeiten der Kinderbetreuung sei der Grund. Diese Daten signalisieren ganz deutlich den elementaren Wunsch gerade von Müttern, ihre Kinder verlässlich betreut zu sehen und erwerbstätig sein zu können. Ausschließlich Hausfrau und Mutter nur der Not gehorchend.

Es geht den Frauen dabei nicht nur um das eigene Einkommen aus der Erwerbstätigkeit, sondern auch um die sozialen Kontakte, das gesellschaftliche Ansehen im Berufsleben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die Frauen in Ostdeutschland praktisch kein Problem gewesen. Arbeitende Mütter sind nach wie vor gesellschaftlich voll aner-

kannt. Kita-Plätze waren zahlenmäßig ausreichend vorhanden – und sind es zumindest in den sozialdemokratisch regierten ostdeutschen Ländern auch jetzt noch immer.

Die Betreuungssituation der Kinder im Westen stellt sich hingegen völlig anders dar: Die CDU-Regierungen der Nachkriegszeit propagierten exakt dieses vermuffte familienpolitische Bild der Fünfziger Jahre, von dem sich Schönbohm heute immer noch nicht gelöst hat: Die Frau soll das Haus hüten und Mutter sein. Deshalb gab es im Westen nie auch nur annähernd genug Kindergarten- oder gar Ganztagesplätze. Die Frauen mussten sich oft schmerzhaft zwischen Karriere oder Kindern und Familie entscheiden. Die Geburtenrate sank mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen erheblich.

### **Wann rebelliert die CDU-Basis?**

Es ist dieses Bild, dass die CDU auch heute immer noch nicht abgelegt hat – trotz mancher Reformbestrebungen in den letzten Jahren. „Konservatives Tafelsilber“ werde verschleudert, prangerte Jörg Schönbohm nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 an, sollte Angela Merkel wirklich das Gesellschaftsbild der Konservativen modernisieren und der modernen Gesellschaft anpassen wollen. Dass es sich dabei um Tafelsilber handelt, dass viele Frauen und Männer – nicht nur im Osten – am liebsten in die

Abstellkammer schieben würden, übersieht der Brandenburger CDU-Chef. Es ist sicherlich nur noch eine Frage der Zeit, bis auch er merken wird, dass dies mittlerweile auch die Mehrheit der konservativen Wähler und Parteimitglieder so sieht.

Erst mit der Deutschen Einheit passten sich die ostdeutschen Frauen in ihrem „Gebärverhalten“ dem des Westens an. In der ersten Hälfte der 90er Jahre kann man geradezu von einem „Gebärstreik“ sprechen, so dramatisch gingen die Geburten zurück. Dass diese Entwicklung nichts mit dem Angebot an Kitaplätzen, sehr viel aber mit der wirtschaftlichen Situation zu tun hat, ist augenfällig – nur nicht für Herrn Schönbohm. Für ihn ist „die Frage (...) vielmehr, ob nicht die Familie mehr im Mittelpunkt der Politik stehen muss“ – und das ist natürlich seine „Normalfamilie“ mit der Frau als Haus-Mutter.

General a.D. Jörg Schönbohm ist ein vielbeschäftigter Mann, verheiratet mit einer gewiss liebenswerten Frau, die offenbar aus innerer Überzeugung die traditionelle Frauenrolle ausgefüllt hat und ausfüllt. Diese persönliche Lebenssituation, so geglückt sie auch sein mag, auf

die Frauen- und Familienpolitik eines ganzen Landes zu übertragen, greift zu kurz – vor allem angesichts der Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe und –zusammenhänge in einem aufgeklärten Land wie Brandenburg.

### **Brandenburger ticken anders**

Brandenburgs Frauen und Mütter wollen beides: Kinder und Familie, aber auch Arbeit, Einkommen, Berufstätigkeit. Daran orientiert sich die sozialdemokratische Familienpolitik im Land. Trotz knapper Kassen werden bedarfsgerechte Kitaplätze vorgehalten. Bildungs-, Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Strukturpolitik zielen auf die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Müttern an der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes.

Dagegen steht CDU-Schönbohms konservatives Bild von der Hausfrau und Mutter. Im Herbst 2004 entscheiden die Wähler auch darüber, welches Familienbild und welches gesellschaftspolitische Zukunftsbild Brandenburg prägen soll – und welche Rolle Frauen in Zukunft spielen sollen. ■

**WILMA SIMON**

ist Politikwissenschaftlerin und war von 1995 bis 2000  
Finanzministerin des Landes Brandenburg.

# Das Debattenmagazin

Wieviel Einspruch verträgt der Mainstream? Heute regieren die 68er – aber was kommt, wenn sie fertig haben? Die Berliner Republik ist der Ort für eine neue politische Generation: undogmatisch, pragmatisch, progressiv. Weil jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht.



Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich

[www.b-republik.de](http://www.b-republik.de)

Die Berliner Republik erscheint alle zwei Monate. Sie ist zum Preis von 5,- EUR im Zeitschriftenhandel erhältlich oder im Abonnement zu beziehen:

als Jahresabo zum Preis von 30,- EUR

als Studentenjahresabo zum Preis von 25,- EUR

Jetzt Probeheft bestellen:

Telefon 030/255 94-130, Telefax 030/255 94-199, E-Mail [vertrieb@b-republik.de](mailto:vertrieb@b-republik.de)

Seit 1997 erscheint

„perspektive 21 – Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik“.

Wenn Sie Interesse an bisher erschienenen Ausgaben haben, können Sie ältere Exemplare auf unserer Homepage [www.perspektive21.de](http://www.perspektive21.de) als pdf-Datei herunterladen.

Einzelne Exemplare von bisher erschienenen Ausgaben schicken wir Ihnen gerne auch auf Wunsch kostenlos zu. Senden sie uns bitte eine E-Mail an [perspektive-21@spd.de](mailto:perspektive-21@spd.de).

Zur Zeit sind folgende Titel lieferbar:

Heft 13 Kräfteverhältnisse – Brandenburgisches Parteiensystem

Heft 14 Brandenburgische Identitäten

Heft 15 Der Islam und der Westen

Heft 16 Bilanz vier Jahre sozialdemokratisch-bündnisgrünes Reformprojekt

Heft 17 Ende der Nachwendezeit. PDS am Ende?

Heft 18 Der Osten und die Berliner Republik

Heft 19 Trampolin oder Hängematte? Die Modernisierung des Sozialstaates.

Heft 20 Der Letzte macht das Licht aus?!

Heft 21 Entscheidung im Osten: Innovation oder Niedriglohn?